

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TUR 8a - TELEPHON: B 40-500 KL. 838, 837 u. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Donnerstag, 17. Dezember 1953

Blatt 2242

Das Bauwesen

=====

17. Dezember (RK) Gestern in den Abendstunden referierte der Amtsführende Stadtrat für das Bauwesen, Thaller, über den Voranschlag für die Geschäftsgruppe VI.

An die Spitze seiner Ausführungen stellte er die bedeutende Tatsache, daß das Baubudget der Hoheitsverwaltung im kommenden Jahre erstmals die Milliardengrenze überschreiten wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Nicht weniger als 1.024 Millionen Schilling wird die Gemeindeverwaltung, ohne die beträchtlichen Ausgaben der Stadtwerke hinzuzuzählen, im Jahre 1954 für das Bauwesen ausgeben. Das sind um 91 Millionen mehr als im Vorjahr oder 33.1 Prozent des gesamten Budgetvolumens. Dieser hohe Betrag wird nicht nur das Gesicht unserer Stadt neuerlich schöner und lebenswerter machen, erklärte der Referent, er wird nicht nur Sorgen der Wiener und Sorgen der Gemeindeverwaltung auf allen Gebieten des täglichen Lebens beseitigen helfen, sondern er ist auch der Garant für einen möglichst hohen Beschäftigungsstand im nächsten Jahr. (Starker Beifall bei SPÖ.) Auf indirektem Wege werden so Grundlagen für das gesamte Budget geschaffen, dessen Einnahmeansätze nur bei möglichster Vollbeschäftigung erreicht werden können.

Hoher Beschäftigtenstand auch im Dezember

Stadtrat Thaller verweist dann auf den günstigen Einfluß, den das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Stadtverwaltung auf die Beschäftigungslage genommen hat und stellt fest, daß während in allen übrigen Bundesländern im letzten Halbjahr

ein beträchtliches Steigen der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen war, die Arbeitslosigkeit in Wien während des gleichen Zeitraumes bedeutend gesunken ist. Der Stand der Beschäftigten auf den Baustellen der Gemeinde Wien erreichte im abgelaufenen Jahr eine bisher nicht für möglich gehaltene Höhe: Von 45.484 im Bauwesen Beschäftigten haben 22.320 auf den städtischen Baustellen gearbeitet und sogar jetzt im Dezember ist es schwierig, für manche Arbeiten die notwendigen Facharbeiter aufzutreiben.

250 Millionen für Winterarbeiten

Für das Winterarbeitsprogramm, berichtete weiter Stadtrat Thaller, wurden heuer rund 150 Millionen, um 10 Millionen mehr als im Vorjahr, bereitgestellt. Dazu kommen noch 100 Millionen Schilling für normale laufende Winterarbeiten. Die zusätzlichen Winterarbeiten werden heuer Mehrkosten von 8 Millionen Schilling verursachen.

Der Referent benützt die Gelegenheit, um im Namen der Wiener Bevölkerung allen Bauarbeitern für ihre unermüdliche Tätigkeit, für ihr oftmaliges Ausharren allen Unbilden der Witterung zum trotz, Dank zu sagen. Das gute Verständnis zwischen der Gemeinde Wien und der Bauarbeiterschaft ist zweifellos ohne auch auf die von großem Verantwortungsbewußtsein getragene Tätigkeit der Gewerkschaft zurückzuführen. Es soll nicht verschwiegen werden, daß im abgelaufenen Jahr ein großer Teil der Unternehmerschaft mit der Gemeindeverwaltung eng zusammengearbeitet hat und auf ihre Intentionen mit viel gutem Willen eingegangen ist. Erfreulicherweise setzt sich nunmehr auch in diesen Kreisen die Erkenntnis durch, daß nicht der momentane Profit sondern die gediegene Leistung und damit die dauernde gleichmäßige Beschäftigung der wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Betriebe am besten dient.

Nicht Parteipolitik sondern objektive Leistung

Der Redner stellt mit Bedauern fest, daß diese Anerkennung bei den offiziellen Vertretungskörpern der Bauwirtschaft nicht zu finden sei. Diese überschlagen sich bei den kleinsten baulichen Leistungen irgend eines Bundeslandes vor Begeisterung, nehmen aber, es sei denn, daß ihre Vertreter sich um Arbeit für ihr eigenes Unternehmen bemühen, von der Bau-

tätigkeit der Gemeinde Wien kaum Notiz. Es bleibt nur zu hoffen, daß auch dort einmal ein Wandel eintritt und nicht Partei-politik sondern objektive Leistung entscheidet.

Vor der Behandlung der Ansätze der einzelnen Magistrats-abteilungen der Geschäftsgruppe VI macht Stadtrat Thaller dar-auf aufmerksam, daß sehr bedeutende Beträge des Baubudgets in anderen Gruppen aufscheinen, auch wenn es sich um Arbeiten handelt, die zum überwiegenden Teil von der Geschäftsgruppe VI durchgeführt werden.

Mehr als eine Milliarde Bauaufwand

Im ordentlichen Budget sind für das kommende Jahr auf der Einnahmenseite 154,190.200 Schilling, im außerordentlichen Budget 1,790.000 Schilling, zusammen also 155,980.200 Schil-ling vorgesehen. Auf Seite der Ausgaben rechnet das ordentli-che Budget mit 897.815.900 Schilling, bei den außerordentli-chen Ausgaben mit 14,300.000 Schilling, zusammen also mit 912,115.900 Schilling. Für den Gesamtbauaufwand, mitgerechnet die anderen Gruppen, sind vorgesehen: Laufende bauliche Er-haltung und Instandsetzungen 171,515.700 (um 13.4 Prozent mehr als im Vorjahr), sonstige einmalige Vorhaben des ordent-lichen Haushaltes 761,985.000 (um 17.5 Prozent mehr als im Vorjahr), Behebung von Kriegeschäden 90,700.000 (um 32.3 Pro-zent weniger als im Vorjahr). Zusammen 1.024,200,700 Schil-ling, gegenüber 933,169.200 im Jahre 1953. Den geringeren Aufwand für die Kriegeschäden erklärt er dahin, daß die be-deutendsten Kriegeschäden bereits behoben sind.

Die Baudirektion, die für die Koordinierung der Bauvor-haben, die Vertretung des Bauamtes nach außen sowie die Ver-bindung mit der Fachwelt zuständig ist, blickt im heurigen Jahr wieder auf eine weitverzeigte Tätigkeit zurück. Die von ihr herausgebrachten Publikationen haben auch im Auslande großen Anklang gefunden. Ihre Mitarbeit an fachlichen Aus-stellungen hatte die gewohnte Qualität.

Die seit einem Jahr der Baudirektion angeschlossene Forschungsstelle unter der fachlichen Führung von Professor Schuster hat sich durchgesetzt und in vielen Ländern begeisterte Mitarbeit gefunden. Abgesehen von einer unsachlichen, aus politischer Gehässigkeit vorgebrachten Kritik, haben die Leistungen der Forschungsstelle auch beim Bundesministerium für soziale Verwaltung und beim Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe Unterstützung gefunden. Der Redner bedauert, daß das gleiche Verhältnis zum Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau bis jetzt noch nicht zustande gekommen ist.

Kampf um den Wald- und Wiesengürtel

Die Magistratsabteilung 18 - Stadtregulierung - hat im Jahre 1953 246 Flächenwidmungen und Bebauungspläne ausgearbeitet, 125 davon genehmigt, darunter vier neue Dauerkleingartenanlagen mit rund 16.4 ha Fläche und zehn Dauersportanlagen mit rund 127 ha Fläche.

Stadtrat Thaller machte auch bei dieser Gelegenheit auf die Gefahren aufmerksam, die dem Wald- und Wiesengürtel, der biologischen Notwendigkeit für unsere Stadt, drohe. Unverantwortliche Spekulanten sind am Werk, um den Wienerwald zu zerstören. Er verwies auf die Umgehungen des gesetzlichen Eintrittsrechtes der Gemeinde Wien und erklärte, daß in Zukunft ein weiterer Einbruch in das Erholungsgebiet aller Wiener und eine weitere Zerstörung der Landschaft nicht mehr toleriert werden würde. Die Wiener Bevölkerung wird aufgerufen, die Gemeindeverwaltung in ihren schweren Kampf um die Erhaltung des Wald- und Wiesengürtels zu unterstützen.

112 Privatarchitekten werden beschäftigt

Die für die Architektur und Gestaltung des Stadtbildes verantwortliche Magistratsabteilung 19 hat für das kommende Jahr bereits 76 Projekte mit 5.960 Wohnungen vorgeben, und zwar 61 Projekte mit 5.170 Wohnungen an 112 Privatarchitekten und 15 Projekte mit 790 Wohnungen an die eigene Architekturabteilung. Wie Stadtrat Thaller berichtete, ist der Andrang der Architekten sehr groß. Vorgemerkt sind 441 Bewerber, von denen bereits 333 Aufträge erhielten.

Die Abteilung hat heuer an zwei großen Wettbewerben gearbeitet, an dem Projekt der Wiener Stadthalle und an dem des Museums der Stadt Wien. Bei der Festlegung von Wohnungstypen in städtischen Neubauten wurden einige Änderungen vorgenommen, wobei die Wohnungstypen für kinderlose Ehepaare besondere Berücksichtigung fand. Die durchschnittliche Wohnungsgröße blieb mit 47 Quadratmetern unverändert. Die künstlerische Ausschmückung von städtischen Wohn- und Nutzbauten wurde heuer intensiv fortgesetzt: 49 Arbeiten wurden fertiggestellt, 87 befinden sich in Arbeit und 70 Aufträge werden in Kürze vergeben. An Honoraren wurden 2,6 Millionen Schilling ausbezahlt. Widerliche Auswüchse geschmackloser Reklame an Fassaden, sind mit Ausnahme von wenigen Fällen, nicht vorgekommen,

Das Baumaterial muß billiger werden

Die Magistratsabteilung 21 - Baustoffbeschaffung - hat im heurigen Jahr für rund 200 Millionen Schilling 1,3 Millionen Tonnen Baustoffe beschafft. 60 Millionen Stück Ziegel wurden gekauft. Der Referent stellt fest, daß heuer zum ersten Mal das Angebot größer war als die Nachfrage. Er fordert Preissenkungen, und zwar schon beim Anbot und nicht erst nachher, wenn dem Auftrag nachgelaufen wird. Die Gemeinde Wien werde sich nicht scheuen, erklärte er, Firmen, die sich an Absprachen zur Hochhaltung der Preise beteiligen, von der Auftragserteilung auszuschalten.

520 Millionen für Wohnhausbauten

Die Magistratsabteilung 23 - Nutzbauten - hat im Verzeichnis ihrer wichtigsten Bauvorhaben den Bau des Museums der Stadt Wien, der Wiener Stadthalle, von sieben Kindergärten, davon fünf neue Projekte, des Theresienbades, mehrerer Bauten auf Friedhöfen und in Wäschereien und schließlich vier Schulneubauten und zwei Schulhausprojekte, die demnächst in Angriff genommen werden. Gebaut wird im Zentralviehmarkt, im Schlachthof und an einigen Objekten für die Feuerwehr.

Das Kernstück bildet die Magistratsabteilung 24 - Wohnbau, Siedlung und Kleingärten.

Im ordentlichen Budget sind für diese Abteilung Ausgaben in Höhe von 534,537.700 Schilling vorgesehen, davon 520 Millionen für Wohnhausneubauten, das sind 16.9 Prozent des Gesamtbudgets und 57 Prozent des Gruppenbudgets. Aus den einzelnen Posten griff er die Ausgaben für Mansardeneinbauten in Höhe von 29 Millionen (um neun Millionen mehr als im Vorjahr) und die Darlehen für Genossenschaften in der Höhe von 50 Millionen (um 20 Millionen mehr als im Vorjahr) heraus.

23.768 neue Gemeindewohnungen sind fertig

Im Jahre 1953 wurden bis Ende Dezember 7.913 Wohnungen zu bauen begonnen. Das sind um 1.463 mehr als im Vorjahr versprochen wurden. In Laufe dieses Jahres wurden nicht weniger als 6.707 fertiggestellte Wohnungen dem Wohnungsamt übergeben.

Insgesamt wurden bis jetzt 33.897 Wohnungen begonnen, 23.768 fertiggestellt und weitere 10.129 befinden sich im Bau. In den ersten Monaten des nächsten Jahres wird die 25.000ste Wohnung fertig. Der Stadtrat verwies auf die bessere Ausstattung der Wohnungen, die erzielt werden konnte. So werden Kochnischen mit den Maßen für Einbauküchen gebaut. In einigen höheren Häusern wurden erstmals Aufzüge eingebaut. Stadtrat Thaller bedauerte, daß im aufgeschlossenen Gebiet nicht genügend freie städtische Baugründe vorhanden sind. Dagegen stellte er mit besonderer Befriedigung fest, daß sich im Bauwesen eine Senkung der Baukosten abzeichne, wobei er besonders die Verdienste des Senatsrates Dipl.Ing. Dr. Pecht und die des Prof. Schuster hervorhob. Die Baukosten für eine städtische Wohnung wurden wieder auf 75.000 Schilling herabgedrückt, wobei es gelungen ist, diese Wohnungen besser auszustatten.

Heuer 448 Räumungen wegen Wohnungsverfall

Im Aufgabengebiet der Magistratsabteilung 25 - Bauförderung - sagte der Referent, kann die Tendenz der Ersatzausführungen als rückläufig bezeichnet werden. 240 Sofort- und Ersatzausführungen kosteten 10,8 Millionen Schilling. Mit diesem Betrag wurden 1.340 Wohnungen dauernd gesichert, 22.500 Quadratmeter Dachflächen instandgesetzt. In diesem Jahr mußten 13.746 Bauaufträge erteilt werden, weil Bagatellschäden nicht beseitigt wurden. Das sind um 20 Prozent mehr als im Jahre

1952. Beim Wohnhauswiederaufbaufonds wurden heuer 697 Anträge mit 1.173,735.000 Schilling eingereicht. Genehmigt wurden 458 Anträge mit 444,832.000 Schilling. Seit 1948 wurden beim Wiederaufbaufonds 6.600 Anträge mit 4.145 Millionen eingereicht. Davon wurden 3.040 Anträge mit 1.469 Millionen genehmigt. Zu dem immer wieder aufgetischten Märchen von Wohnungsverfall wäre zu sagen, daß heuer 594 Räumungsbescheide und 448 tatsächliche Räumungen verzeichnet wurden. Die Magistratsabteilung 26, Gebäudeerhaltung, arbeitet wie die Magistratsabteilung 23 für andere Gruppen. Sie sorgt für die Erhaltung und Instandsetzung von Erziehungsheimen, Kindergärten, Altersheimen, Krankenhäusern, Schulen und Feuerwehren. Aus eigenem errichtet sie einen achtklassigen Schulpavillon in Fischamend. Auch der Wiederaufbau der zerstörten Schulen 3, Dietrichgasse und 5, Gassergasse, ist vorgesehen.

Die Magistratsabteilung 27, Wohnhäusererhaltung, sieht den Einbau von 528 Mansardenwohnungen vor. Im Jahre 1953 wurden 519 solcher Wohnungen gebaut. In Zukunft sollen nur mehr dort Mansardenwohnungen eingebaut werden, wo nicht mehr als vier Stockwerke vorhanden sind und außerdem nur dann, wenn sich gut gestaltete Wohnungen ergeben. Auch das sogenannte Schnellbauprogramm Duplex-Wohnungen wird nicht mehr in bisherigem Maße fortgesetzt werden. Die Kriegsschadenbehebung an Zwischenkriegsbauten ist praktisch beendet. Bis 30. November 1953 wurden 513 totalbeschädigte und 559 teilbeschädigte Wohnungen fertiggestellt. Bis Ende 1954 sollen für die Generalinstandsetzung der Zwischenkriegsbauten der Gemeinde Wien 50 Millionen Schilling aufgewendet werden. Der hierfür noch erforderliche Betrag von weiteren 30 Millionen wird für das Jahr 1955 veranschlagt werden. Die Ausgaben im Straßenbau wurden um vier Millionen höher veranschlagt als 1953. Sie betragen im kommenden Jahr 69,4 Millionen Schilling. Es ist eine Reihe von großen Straßenumbauten vorgesehen, so u.a. der Umbau des Ringes beim Schwarzenbergplatz, die Wipplingerstraße, die Landstraßer Hauptstraße im unteren Teil, die Neillreichgasse, die Marchfeldstraße und eine große Zahl von Straßen und Siedlungen.

Auf dem Franz Josefs-Kai soll ein Parkplatz geschaffen werden.

Im Jahre 1953 wurden 3,5 Millionen Quadratmeter Straßen verbessert oder neu hergestellt, das sind 13 Prozent der Gesamtstraßenfläche unserer Stadt. Als fruchtbringend erwies sich eine Amerikareise des Leiters der Straßenbauabteilung. Sie brachte neue Straßenbaumethoden, die billiger und schneller sind, und die auch eine Arbeit in der kalten Jahreszeit ermöglichen. Es können dadurch derzeit noch 1.803 Arbeiter im Straßenbau tätig sein. Ein außerordentlicher Erfolg war ein Einschulungslehrgang für Jugendliche zu Betonstraßenarbeiten. Er wurde mit Unterstützung der produktiven Arbeitslosenfürsorge durchgeführt. Stadtrat Thaller appelliert an die Wiener, über die Straßenumbauten nicht zu "raunzen". Der anschwellende Verkehr fordere umfangreiche Regulierungen und Verbesserungen.

Durch die Inangriffnahme des Umbaus des Nordbahnhofes wird auch die Lösung des Problems Praterstern aktuell. Auch die Schottenkreuzung und die Opernkreuzung harren einer Lösung. Bei der Schaffung der vom Bund projektierten Autobahn müsse dafür Sorge getragen werden, daß diese an geeigneten Stellen in Wien einmündet und in einem Zuge mitgebaut wird.

Auch die Abteilung Brückenbau, Wasserbau- und Hafenverwaltung hat große Arbeit geleistet. Größere Instandsetzungsarbeiten wurden an 31 Objekten, darunter an der großen Marxerbrücke und am Rustensteg beendet. Neu- und Umbauten wurden an 22 Objekten, darunter die Malinowski-Brücke, die Brücke über die Liesing bei der Altmannsdorfer Allee usw. vorgenommen. An zehn Objekten erfolgte die Kriegsschadenbehebung, darunter ist die Fertigstellung der Marienbrücke zu nennen. Im Brückenbau in Ausübung der mittelbaren Bundesverwaltung wurde die Brücke über den Mitterbach in Schwechat umgebaut und die Brücke über den Kalten Gang in Schwechat verbreitert. Auch Tunnelbauten hat die Magistratsabteilung 29 durchgeführt, so den Fußgängertunnel Marienbrücke - Rotenturmstraße.

Im Hafen Freudenau wurde ein Wippdrehkran aufgestellt, im Hafen Albern erfolgte die Fertigstellung des Verwaltungsgebäudes und der Ausbau der zweiten Molostraße. Die Gleisanlagen wurden in den Häfen Freudenau, Albern und Lobau instandgesetzt. Ebenso wurde in allen drei Häfen gebaggert. Im Hafen Kuchelau wurden die Uferböschungen instandgesetzt.

Bei der Liesingbachregulierung wurden die Baulose Unter-Laa, Inzersdorf II, Rodaun, Stelzerau, Kledoring, Schwarze Haide fertiggestellt; vor der unmittelbaren Fertigstellung steht das Baulos "Breitenfurt" einschließlich des Pölleritzgrabens, des Geschieberückhaltebeckens beim Laaber Spitz und des Laaberbaches bis zu den neuen Gemeindebauten. In Arbeit steht das Baulos "Steinhof". Größere Regulierungen sind auch am Mitterbach in Schwechat, am Kehrwandbach in Himberg, Lainzerbach und Mödlingbach bei Gaaden vorgesehen. Teilregulierungen werden am Hasel-, Kierling- und Dornbach vorgenommen und größere Instandsetzungen an der Pösting bei Moosbrunn. Diverse Instandsetzungen müssen auch am Wienfluß vorgenommen werden. Eine Drainagierung ist im Laxenburger Gebiet vorgesehen. Baggerungen müssen im Klosterneuburger Gerinne vorgenommen werden. Die Liesingbachregulierung wird für Restzahlungen und neue Baulose 9,3 Millionen, die Regulierung des Petersbaches 1.000.000 erfordern. Für diverse Hafengebäude, wie eine Einfahrtsverbreiterung im Freudenaucr Hafen usw. werden insgesamt 8,8 Millionen aufgewendet. Im außerordentlichen Budget sind u.a. für die einleitenden Arbeiten zum Baubeginn der Schwedenbrücke 200.000 Schilling und für die zweite Bau-rate der Rotundenbrücke 5,5 Millionen veranschlagt. Die Hafenverwaltung sieht im ordentlichen Budget für 1954 Ausgaben von 6.863.400 Schilling vor, darin sind für Erhaltung der Bahnanlagen 1.040.000 und für Baggerungen in städtischen Häfen 1.000.000 Schilling vorgesehen.

Die Magistratsabteilung 30 - Kanalisation - sieht im ordentlichen Budget Ausgaben von 36.097.500 Schilling vor. Davon werden für Anlagenerhaltung 7 Millionen ausgegeben, für Kanalbauten 13 Millionen. Im Jahre 1953 wurden u.a. 2.785 m überalteter Kanäle umgebaut, 5.963 m Kanäle in städtischen Wohnhausanlagen neugebaut, die sonstigen Kanalneubauten haben eine Länge von 6.492 m. Das Pumpwerk Schirlinggrund konnte vollendet werden. Die Gesamtkosten hierfür betragen 8 Millionen Schilling. Am Leopoldauer Sammler wurden 2.294 m gebaut. Die Anschlußkanäle zum Leopoldauer Sammler haben eine Länge von 1.012 m.

218 Liter Wasser pro Kopf und Tag

Bei den Wasserwerken sind Ausgaben von 99,5 Millionen Schilling vorgesehen, davon für Anlagenerhaltung 14 Millionen, für Inventarerhaltung 5,5 Millionen und für bauliche Herstellungen 31 Millionen. Darunter wieder befindet sich die 4. Bau-rate für den Leitungsspeicher Neusiedl mit 15 Millionen, die Rohrstrangneulegung Rosenhügel mit 2,7 Millionen, der sonstige Ausbau des Rohrnetzes mit mehr als 4 Millionen und die Errichtung von Behältern, Hebewerken u.a. in den Randgemeinden mit 2 Millionen.

Unter den Bauleistungen des heurigen Jahres sind hervorzuheben: Der Rohrkanal und die Zuleitungen für den Leitungsspeicher in Neusiedl, die Fertigstellung des Wasserleitungskraftwerkes in Hirschwang mit einer Leistung von 125 KVA, die Errichtung eines Anreicherungs-pumpwerkes der zweiten Hochquelleleitung in Wildalpen, 16 Kilometer neue Rohrstränge u.a.

Der Wasserverbrauch hält sich mit 130 Millionen Kubikmetern heuer auf gleicher Höhe wie in den Vorjahren. Je Kopf und Tag wurden durchschnittlich 218 Liter verbraucht, im Sommer maximal 290 Liter. Der Mindestverbrauch betrug 168 Liter. Die Chlorierung wurde wie in den vergangenen Jahren "auf höheren Befehl" durchgeführt. Doch ist die Beimengung so gering, daß sie nur 0,2 Milligramm beträgt.

Die Magistratsabteilung für Heizung und Maschinenbau arbeitet für andere Abteilungen und hat keinen eigenen Vorschlag. Sie führt neben der laufenden Erhaltung der Feuerstätten und Heizanlagen Arbeiten durch, die der Verbesserung und der Heizverbilligung dienen; u.a. Umbauten an Fernheizanlagen, Einbauten von Ölfeuerungen und Neubauten in fast allen Spitälern und Schulen.

Die Hauptwerkstätte wurde der Magistratsabteilung 32 angegliedert; sie ist eine reine Heizwerkstätte und führt in Eigenregie kleinere Reparaturen durch.

Noch nie war Wien so gut beleuchtet

Die Magistratsabteilung 33 - Öffentliche Beleuchtung - sieht für 1954 Ausgaben von 14,7 Millionen Schilling vor. Heuer wurden 4.200 neue Lichtpunkte installiert. Ihre Gesamtzahl beträgt Ende dieses Jahres 54.800 elektrische Lampen

und 5.300 Gaslaternen, insgesamt 60.100 Lichtpunkte. Noch nie hat es in Wien so viele Straßenlampen gegeben. Vor allem in den Randgemeinden hat sich die Beleuchtung um mehr als 50 Prozent verbessert. Friedensmäßig beleuchtet sind alle Wiener Bezirke, ausgenommen Teile des 19., 21. und 22. Bezirkes. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Die Zahl der öffentlichen Uhren hat sich von 194 auf 201 erhöht. Erfreulicherweise kann mitgeteilt werden, daß diese Abteilung die Kriegsschadenbehebung beendet hat.

Die Magistratsabteilung 34 - Installation - arbeitet für andere Abteilungen und hat kein eigenes Budget. Ihre Hauptgebiete sind Überwachung und Planung von Installationen, Errichtung von Aufzügen u.a. Diese Abteilung hat durch Neukonstruktionen einen wertvollen Beitrag zur Verbilligung des Wohnhausbaues geleistet. (Beifall.)

2.000 Alleebäume wurden gepflanzt

Die Magistratsabteilung 42 - Stadtgartenamt - sieht Ausgaben von 34,5 Millionen Schilling vor, um 4 Millionen mehr als heuer. Für die Anlagenerhaltung sind 3,1 Millionen vorgesehen, für bauliche Herstellungen 5,8 Millionen Schilling, darunter die Verlegung des Reservegartens nach Hirschstetten mit 3 Millionen. Im Jahr 1953 wurden 50.300 Quadratmeter Gartenanlagen neu hergestellt und 25.400 Quadratmeter wiederhergestellt. 2.000 Alleebäume wurden gepflanzt. Man muß also nicht gleich schreien, wenn irgendwo ein oder zwei Bäume gefällt werden. Ferner sind 45.000 Quadratmeter Wege in Gartenanlagen staubfrei gemacht worden. An 15 Kinderspielplätzen wurden Verbesserungen vorgenommen. 250 neue Normalsitzbänke und 11 neue Langsitzbänke wurden aufgestellt. Die Blumenschalen haben großen Anklang gefunden, desgleichen die Aktion "Wien im Blumenschmuck". Die Entfernung der Anschlagkasten wird wohl von der Bevölkerung allgemein begrüßt werden. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.) Stadtrat Thaller appelliert auch an die Bevölkerung, die Gärten zu schonen, die Luftreservoirs in verbaulichem Gebiet darzustellen.

Bei der Magistratsabteilung 44 - Bäder - sind 37 Millionen an Ausgaben für 1954 eingesetzt, um 1,3 Millionen mehr als 1953.

Für Verbrauchsmaterialien sind 6,7 Millionen vorgesehen, für bauliche Herstellungen 10,2 Millionen, darunter das Theresienbad mit 9 Millionen, das voraussichtlich Ende 1954 fertig sein wird. Die Umgestaltung des Krapfenwaldls wird zu Saisonbeginn abgeschlossen sein.

Alle 67 städtischen Bäder standen heuer in Betrieb. Der Besuch der Sommer- und Kinderfreibäder ist wegen des schlechten Wetters gegenüber 1952 um 10 Prozent gefallen. Hingegen ist bei den Warmbädern bis Ende Oktober eine Zunahme von 20 Prozent zu verzeichnen.

Abschließend sagte Stadtrat Thaller, er glaube, daß aus seinen Ausführungen ein stolzer Arbeitsbericht des Stadtbauamtes geworden ist. Daß die diesjährigen Leistungen im kommenden Jahr noch gesteigert werden können, ist der aufopfernden Tätigkeit der Bediensteten des Stadtbauamtes zu danken. Während das Amt im Juni 1947 zu einem Zeitpunkt, in dem die Bautätigkeit noch nicht überwältigend war, 9.559 Mitarbeiter hatte, ist dieser Stand im Juli 1953 bei einem Riesenbauprogramm auf 9.483 gesunken. Stadtrat Thaller sprach unter allgemeinem Beifall allen Mitarbeitern der Gruppe VI seinen Dank und den Dank der Wiener Stadtverwaltung aus. Besonders hob er die Tätigkeit von Baudirektor Dipl. Ing. Gundaacker und von Senatsrat Dipl. Ing. Hosnedl hervor. Ihre Tätigkeit geht weit über das übliche Maß hinaus. Stadtrat Thaller schloß mit der Versicherung, daß sich an dem in Stadtbauamt herrschenden guten Geist auch im kommenden Jahr nichts ändern wird. (Allgemeiner Beifall)

Die Debatte über den Wohnungsbau

Als erster Redner in der Debatte über die Ansätze der Geschäftsgruppe VI kam heute früh bei der Fortsetzung der Budgetverhandlungen GR. Dipl. Ing. Haider (WdU) zu Wort. Er erklärt, der Wohnungsbau werde mit Recht als das Herzstück des Budgets der Gemeinde Wien bezeichnet. Bei einem jährlichen Tempo von 6.000 neuen Wohnungen wäre eigentlich in etwa sieben Jahren die Wohnungsnot behoben. In Kreisen spreche man viel über die sogenannte "falsche Wohnungsnot", die sich daraus ergebe, daß jeder Heiratslustige die Stufenleiter zur Erwerbung einer Wohnung beschreite, während früher bis zu einem höheren Lebensalter die ledigen, aber auch die vor-

heirateten Kinder bei den Eltern blieben. Nach Ansicht des Redners ist es aber heute schon wieder so, daß die Kinder aus einem gewissen Zwang zum Sparen heraus länger bei den Eltern wohnen, weil sie daraufgekommen sind, daß es weit ökonomischer ist, zwei Haushalte zu einem zusammenzulegen und mit der Schwiegermutter auszukommen. Auch die sogenannten Gefälligkeitsdelegierungen scheinen schon etwas nachgelassen zu haben.

Das Problem sei heute darin gelegen, daß die einen in modernen Neubauten, die anderen aber zu dem gleichen Zins in veralteten und baufälligen Häusern wohnen. Dadurch werde sich der Zeitpunkt der Beseitigung der Wohnungsnot weiter hinauschieben, da der Zug nach den neuen Wohnungen immer vorhanden sein werde. Nach Ansicht der WdU ist der Streit müßig, ob der soziale Wohnhausbau oder das Wohnungseigentum die allein seeligmachende Methode sei. Beim Wohnhausbau soll aus allen Rohren geschossen werden. Die Bekämpfer des Wohnungseigentums mögen bedenken, daß auch jeder Besitzer einer Gemeindewohnung eigentlich ein verlängerter Rentner sei, denn er erhalte seine Wohnung aus öffentlichen Geldern. Aber auch den privaten Wohnungsbau mit eigenem Kapital müsse man fördern. Der Redner schlägt die Errichtung einer Wohnbaubank vor, in der alle öffentlichen und auch privaten Gelder für den Wohnungsbau zusammengefaßt werden sollen. Durch Zinsenverbilligung würde auch eine Verbilligung der Baukosten erreicht werden.

Auf dem Gebiete des Straßenbaus regt der Redner den Umbau der Wiedner Hauptstraße an und schlägt vor, zur Entlastung der Mariahilfer Straße endlich die Verlängerung der Stollgasse und Lindengasse vorzunehmen und den Durchbruch in der Schottenfeldgasse und Zieglergasse durchzuführen.

Im übrigen sei die Fraktion der WdU nicht in der Lage, dieser Gruppe die Zustimmung zu geben.

Als das übelste Problem in unserer Stadt bezeichnet GR. Maller (LB1) die Wohnungsnot, die nicht nur eine Folge des Krieges ist, sondern vor allen Dingen auch eine der Beendigung der Bautätigkeit der Gemeinde Wien im Jahre 1934. Es müsse daher alles darangesetzt werden, um möglichst viel zu bauen, denn eine Wohnung ist die Voraussetzung für ein glückliches Familienleben. Der Redner verweist darauf, daß nicht nur 60.000 Familien keinen eigenen Haushalt führen können,

weil sie keine Wohnung haben, sondern darüber hinaus zehntausende Familien in ungesunden und unzureichenden Wohnungen hausen müssen. Die Ansätze für Ersatzvorhaben bezeichnet er als zu gering, obwohl ja eigentlich der Bund und nicht die Gemeinde den Wiederaufbau der zerstörten Wohnungen und Häuser aus Fondsmitteln decken müßte. Es gehe nicht an, daß die Fondsmittel zum Bau von Eigentumswohnungen verwendet werden und zur gleichen Zeit kriegsbeschädigte Wohnungen, die mit relativ geringen Mitteln aufgebaut werden könnten, verfallen. Der Redner erklärt, daß auch der Bund einen Beitrag zur Behebung der Wohnungsnot in unserer Stadt durch den Bau von neuen Wohnungen leisten müßte und legt ein diesbezügliches Programm seiner Fraktion vor. Dieses Programm soll durch Bereitstellung von Bundesmitteln in den nächsten drei Jahren den Bau von zusätzlich 20.000 Wohnungen ermöglichen.

Mit Genugtuung habe seine Fraktion zur Kenntnis genommen, daß der Bau von Notwohnungen, das sogenannte Schnellbauprogramm, nicht mehr in dem großen Ausmaß weitergeführt werden soll. Dank gebühre der "Forschungsstelle für Wohnen und Bauen", deren Arbeiten wirklich im Interesse der Bevölkerung sind, wie zum Beispiel die Arbeiten über den Schallschutz. GR. Maller stellt einen Antrag, der im wesentlichen die billige Herstellung von Wohnungseinrichtungen, Haushaltsgeräten und modernen technischen Errungenschaften auf dem Gebiete des Haushalts verlangt und daß diese Gegenstände durch Kreditgewährung für alle erschwinglich werden. Er ersucht, diese Frage einer Prüfung zu unterziehen und alles Notwendige zu veranlassen. Der Redner gibt dann eine Reihe von Anregungen. Er schlägt vor, die Möglichkeit zu prüfen, mehr als bisher Großbaustellen zu errichten, um rationeller und billiger bauen zu können. Er verlangt die Inangriffnahme des Baues einer Donaubrücke und die Durchführung des Schnellbahnprojektes nach Floridsdorf. Man müsse auch die ersten Maßnahmen für den Bau einer U-Bahn durchführen. Zur Beseitigung von Verkehrsfallen im Stadtgebiet schlägt er vor, noch mehr als bisher von der Möglichkeit von Unterführungen Gebrauch zu machen. Er begrüßt es, daß die Straßenverhältnisse auch in den äußeren Bezirken verbessert wurden und meint, man solle überlegen, ob sich nicht

die Methode der Straßenteppiche auch für die Entstaubung von Parkanlagen und Siedlungswege eigne. Bei der öffentlichen Beleuchtung sollen der Stadtrand und die Siedlungen nicht vernachlässigt werden.

Zu den Bädern bemerkt GR. Maller, es gäbe im 13. Bezirk kein Volksbad, ebenso nicht im 14. Bezirk. Er verlangt auch die Schaffung von neuen Kinderfreibädern.

Das Hafengebiet soll endlich benützbar gemacht werden. Es ist auch die Frage, ob es nicht klüger wäre, die Lagerhäuser in den vorderen Hafen zu verlegen.

Abschließend sagt der Redner, die vorliegenden Ansätze entsprächen nicht den Erwartungen seiner Fraktion. Vor allem den Wohnungsbau könne man noch entscheidend erweitern. Die Mittel dazu seien vorhanden. Die Gemeinde Wien habe bei weitem nicht alle Möglichkeiten ausgenützt. Trotzdem werde der Linksblock den Ansätzen dieses Kapitels zustimmen.

GR. Mühlhauser (ÖVP) bemerkt zu den Ausführungen des kommunistischen Debattenredners: Daß GR. Maller überhaupt hier so lange reden darf, verdankt er der Tatsache, daß es in Österreich eine Demokratie gibt. In "seinen" Ländern hätte er kaum etwas zu reden. Zu der Kritik über die Wohnungen für alte Leute bemerkt der Redner, es gibt in diesem Saal keinen, der sich nicht bemüht, den Alten ein gutes und schönes Wohnen zu verschaffen. Aber vielleicht könnte sich GR. Maller bei den alten Leuten in Ungarn erkundigen, die man aus ihren Wohnungen hinausgeworfen hat, weil sie nicht mehr arbeitsfähig sind. (Beifall bei der ÖVP, Gegenrufe beim Linksblock.)

GR. Maller hat auch eine Brandrede gegen das Wohnungseigentum gehalten. Der Redner ersucht die Sozialisten, sich das zu merken. Wenn man noch nicht so sicher gewesen wäre, daß das Wohnungseigentum richtig ist, dadurch, daß GR. Maller dagegen gesprochen hat, hat er den Beweis geliefert. Denn alles, wogegen die Kommunisten sind, ist für das österreichische Volk das Richtige. (Beifall bei der ÖVP)

Stadtrat Thaller hat davon gesprochen, daß dem Wohnungsamt 6.700 neue Wohnungen und 1.071 wiederaufgebaute Wohnungen übergeben wurden. Der Redner fragt den Referenten, wieviel aus den Mitteln des Wohnhauswiederaufbaufonds und im Weg der Vorfinanzierung errichtet wurde und wie die Typengrößen aussehen. Stadtrat Thaller hat auch bemerkt, es bestünden große Schwierigkeiten, den Baugrund für den sozialen Wohnhausbau zu erlangen. Der Referent dürfte nicht darüber informiert sein, daß die Stadt Wien 4 Millionen Quadratmeter Baugrund zur Verfügung hat, und damit das Bauen für 10 Jahre gesichert ist. Ich kann mir nicht vorstellen, bemerkte GR. Mühlhauser, daß die Gemeinde einen Baugrund kauft, den sie nicht verwenden kann.

Der Redner spricht die Anregung aus, die Gemeinde Wien möge für die Zeit des Wahlkampfes auf bestimmten Plätzen Plakatflächen aufstellen, damit das wilde Plakatieren eingestellt wird.

Bei der weiteren Besprechung des Baubudgets, das schon durch die eingesetzte hohe Summe die Wichtigkeit dieses Kapitels innerhalb des gesamten Voranschlages zeigt, stellt der Redner nachdrücklich wieder die Forderung nach dem Bau der U-Bahn und dem Ausbau des Wiener Hafens. Die Sozialisten waren bisher nicht dazu zu bewegen, das lebenswichtige U-Bahnprojekt einer ernststen Behandlung zuzuführen. Auch die Volkspartei ist sich darüber klar, daß die Bahn große Kosten verursacht. Es gibt jedoch in Wien einen Plan für die U-Bahn. Der Redner stellt daher den Antrag, diesen Plan auf seine Durchführbarkeit zu überprüfen. Zu den großen Kosten bemerkt er noch: seine Partei habe oft ausgesprochen, daß die Finanzierung durch Kredite geschehen müsse. Die Politik der Mehrheitspartei in diesem Haus, alles aus den laufenden Steuereinnahmen zu decken, ist für unsere Zeit falsch. Man möge doch von Finanzminister Dr. Komnitz lernen, wie man Projekte finanziert, die in die Zukunft reichen, damit eine Generation nicht übermäßig belastet wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Der Wiener Hafen sei ein anderes dringendes Problem. Der Bürgermeister hat im Herbst zu einer Rundfahrt in das Hafengebiet eingeladen. Man hatte damals die Hoffnung, daß nun Entscheidendes geschehen wird. Mit dem im Budget vorgesehenen Betrag kann aber nichts Entscheidendes für den Wiener Hafen getan werden. Es wäre an der Zeit, sich ernstlich mit dem Problem zu befassen und eine Hafengesellschaft zu gründen. Diese Gesell-

schaft hätte die Aufgabe, die Planung des Wiener Hafens durchzuführen. Er sei überzeugt, daß dann auch der Bund einen entscheidenden Beitrag zu den Baukosten leisten wird. (Beifall bei der ÖVP)

Unsere Stadt hat in der Vergangenheit eine große Rolle im mitteleuropäischen Raum gespielt. Sie war die Hauptstadt eines großen Reiches und der wirtschaftliche Mittelpunkt Südost- und Mitteleuropas. Der größte Bürgermeister, den es in dieser Stadt gegeben hat, Dr. Lueger, hat Wien den seiner Bedeutung entsprechenden Rahmen verliehen (Beifall bei der ÖVP). Man denke nur an die Hochquellleitung, an die Spitäler, E-Werk, Gaswerk und Straßenbahn. Daran erkennt man, was damals Großes und Einmaliges für diese Stadt geschaffen wurde. Wir haben heute die verantwortungsvolle Aufgabe, in Wien so großzügig zu planen und zu bauen, daß die Stadt wieder jene Bedeutung erlangen kann, die sie in der Vergangenheit hatte.

Der Redner beschäftigt sich dann mit dem Wohnungseigentum und führt aus: Meine Partei hat nicht nur immer den sozialen Wohnhausbau bejaht, sondern hat auch dafür mitgesorgt, den Wohnungsbau zu ermöglichen. Wir sind aber der Meinung, daß alles in dieser Stadt gefördert werden soll, was dem Bau von Wohnungen dienlich ist. Es ist uns unverständlich, daß die Sozialisten den Bau von Wohnungseigentum nicht nur nicht unterstützen, sondern wo immer möglich bekämpfen, obwohl durch das Wohnungseigentum für tausende Wiener Familien Wohnungen geschaffen wurden (Beifall bei der ÖVP). Sagen Sie nicht, das Wohnungseigentum sei nur für begüterte Menschen geschaffen worden. Der überwiegende Teil sind Arbeiter und Angestellte und der andere Teil kleine Geschäftsleute. Ich könnte ihnen Briefe von Funktionären der SPÖ zur Kenntnis bringen, in denen sie ersuchen, Bekannten von ihnen Wohnungen zu verschaffen. Man kann nicht auf die Dauer gegen eine Sache Politik machen, die sich durchgesetzt hat und immer mehr durchsetzen wird. Der Redner zitiert in diesem Zusammenhang eine Äußerung des sozialistischen Nationalrates Pittermann, zur Haltung der Arbeiter-Zeitung gegenüber dem Wohnungseigentum.

Er sagte, die Arbeiter-Zeitung wolle einem vereisten Posthorn Töne entlocken. Mögen doch auch Sie endlich erkennen, fährt der Redner zu den Sozialisten gewendet fort, daß das Wohnungseigentum jene Synthese ist, die nicht nur in Österreich sondern auch in anderen Staaten, als die zweckmäßigste anerkannt werde. Versuchen wir doch, möglichst viele Wohnungen in diesem Land und in dieser Stadt zu schaffen. (Beifall bei der ÖVP.)

Der Redner beschäftigt sich sodann mit den Vorwürfen gegen das Wohnungseigentum. Ein Mißbrauch öffentlicher Mittel liege nicht vor, denn für die meisten Hausbesitzer erschiene es unwirtschaftlich, eine Bombenruine aufzubauen. Durch die glückliche Koppelung zwischen Wiederaufbaugesetz und Wohnungseigentumsgesetz könne man diese Häuser wiederaufbauen und die Wohnungen den Benützern als Eigentum übergeben. Es sei nicht unsozial, sondern sogar noch sozialer, wenn statt eines Hausherrn 40 Arbeiter und Angestellte und kleine Gewerbetreibende den Aufbaukredit bekommen. (Beifall bei der ÖVP.) Es handle sich auch nicht um Geschenke, denn der Kredit werde ebenso wie vom Hausbesitzer auch von den Wohnungseigentümern in 75 Jahren zurückgezahlt. (Erneuter Beifall bei der Volkspartei.) Das Wohnungseigentum sei auch kein Schacherobjekt, denn für den Verkauf einer Eigentumswohnung sei die Zustimmung des Fonds nötig, und außerdem behalte sich der Verein der Freunde des Wohnungseigentums ein Optionsrecht vor, um die verkaufte Wohnung wieder einem Wohnungslosen zuzuführen und einen Wohnungsbedarf zu befriedigen.

Das Wohnungseigentum führe auch nicht zu einer Verzögerung beim Aufbau beschädigter Häuser, denn von den 60.000 mit Mitteln des Wiederaufbaufonds wiederhergestellten oder neugebauten Wohnungen entfallen nur 3.700 Wohnungen oder 6 Prozent auf das Wohnungseigentum, während 94 Prozent für andere Bauten, darunter auch für Bauten der Stadt Wien, verwendet wurden. Die 3.700 Wohnungen wären aber ohne Wohnungseigentum nicht gebaut worden. Statt den schönen und gesunden Wohnungen würden dort noch die Ruinen stehen. Die Altmieten, die vor der Zerstörung in diesen Häusern wohnten, würden restlos befriedigt.

(GR. Hedwig Lehnert: Wenn sie das Geld haben!); der Verein sei auch bereit, diesen Leuten in großzügiger Weise Ratenzahlungen zu gewähren.

Der Wohnungseigentümer sei ein freier Mensch; er könne zum Fenster jene Fahnen hinaushängen, die ihm passen und nicht den Hauseigentümer (Beifall bei der ÖVP). Aber die Sozialisten wollen anscheinend nicht den freien Menschen in seiner freien Wohnung. Gegenüber der kollektivistischen Bauweise und der Abhängigkeit des Menschen werde die Freiheit des Menschen in den Vordergrund gestellt. Schon der Freiheit wegen müßten die Sozialisten mit der ÖVP für das Wohnungseigentum eintreten (Beifall bei der ÖVP).

Der Redner fordert weiter einen Plan für die Sanierung der Wohnungen in den Althäusern, verlangt in einem Beschlußantrag die Bereitstellung von Mitteln aus dem Landes-Wohn- und Siedlungsfonds auch an Privatpersonen und bringt einen Antrag ein, Teile von Stammersdorf und Simmering ehestens an das Hochquellenwassernetz anzuschließen.

Der Straßen- und Brückenbau erfordere eine sorgfältige Planung. Der Umbau an der Kreuzung Alser Straße - Landesgerichtsstraße - Universitätsstraße habe keine Verkehrs-erleichterung, sondern ein Verkehrschaos geschaffen. An der mit großem Pomp eröffneten verlängerten Mariahilfer Straße habe man nach vierzehn Tagen wieder mit Reparaturen beginnen müssen. Durch die Schaffung der Autobahn sei es notwendig, rechtzeitig Vorsorge für eine Umfahrestrecke von Osten nach Westen zu treffen.

Wir müssen, sagt der Redner, jene Voraussetzungen schaffen, die notwendig sind, daß die Stadt Wien wieder jene Bedeutung bekommt, die sie in ihrer großen Vergangenheit gehabt hat. Unsere Stadt hat auf Grund ihrer geographischen Lage und ihrer weltaufgeschlossenen Bevölkerung die Aufgabe, in Mittel- und Südosteuropa in Zukunft eine große Rolle zu spielen. Erfüllen wir diese Aufgabe, damit diese Hauptstadt eines großen Reiches von gestern die Hauptstadt des vereinten Europas von morgen wird! Im übrigen wird die Volkspartei dem Budget dieser Gruppe die Zustimmung geben. (Starker Beifall bei der ÖVP)

GR. Wiedermann (SPÖ) stellt einleitend fest, daß im Jahre 1952 nicht weniger als 5.485 Firmen zu Arbeiten für die Gemeinde

herangezogen wurden (Beifall bei den Sozialisten). Diese Zahl zeigt, in welchem großen Umfang das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Gemeinde Wien nicht nur den Arbeitern, sondern auch dem Gewerbe zugute kommt. Auf Grund des neuen Voranschlages werden auch im nächsten Jahr wieder tausende Arbeiter Beschäftigung finden und die Sicherheit haben, daß sie von dem Gespenst der Arbeitslosigkeit befreit sind. (Erneuter Beifall) Der Voranschlag gibt die Gewähr, daß auch im nächsten Jahr rund 7.000 neue Gemeindewohnungen errichtet werden können. Dies bedeutet für 7.000 Familien wieder die Hoffnung, daß sie endlich wieder aus ihrer Wohnungsnot befreit werden. (Starker Beifall der SPÖ.) Wenn wir noch die Bauvorhaben auf Grund des Bundeswohn- und Siedlungsfonds und des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds hinzurechnen, können wir mit ruhigen Gewissen sagen, daß im Jahre 1954 in dieser Stadt rund 10.000 Wohnungen errichtet werden. (Lebhafter Beifall)

Wir Sozialisten sind absolut nicht Gegner des Wohnungseigentums, wir sind nur gegen den Mißbrauch des Wohnungseigentums. Durch die Heranziehung öffentlicher Mittel aus dem Wiederaufbaufonds für Eigentumswohnungen werden nicht mehr Wohnungen gebaut, denn ohne Wohnungseigentum würden diese Mittel für andere Ansuchen Verwendung finden und dadurch nicht nur derselbe, sondern sogar noch mehr Wohnraum geschaffen werden (Zustimmung bei der SPÖ). Die Ansicht, daß nur in Eigentumswohnungen freie Menschen wohnen können, trifft genau so wenig zu wie die Behauptung, daß in einem Gemeindebau der Mieter delogiert werde, wenn er eine andere Fahne heraushänge. Im Jahre 1934 aber mußten Menschen aus den Gemeindewohnungen wegen ihrer aufrechten Gesinnung sehr rasch heraus! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialisten.)

Die Rede des kommunistischen Gemeinderates Maller habe in diesem Jahr ganz anders geklungen als im Vorjahr. Es scheint, daß selbst seine Schäflein nicht in der Lage sind, mit Scheuklappen in Wien herumzulaufen. Heute sieht jeder Wiener, was in dieser Stadt geleistet wird, und es ist selbst für die Kommunisten schwer, diese sichtbaren Taten zu verleugnen.

Wir waren uns von Haus aus schon seit 1945 bewußt, daß wir mit unserem sozialen Wohnhausbau nicht nur das Bestreben haben dürfen, die Wohnungsnot zu beheben, sondern gleichzeitig auch die Wohnkultur zu heben. (Beifall bei den Sozialisten.) Es war nur die Not auf dem Wohnungsmarkt, die uns in den vergangenen Jahren gezwungen hat, das Schnellbauprogramm in Angriff zu nehmen, um tausende Menschen rasch zu einem Obdach kommen zu lassen.

Wir würden mit Freuden die in der Generaldebatte vom Gemeinderat Schwaiger ausgesprochene Feststellung, daß die Volkspartei unumschränkt für die Bautätigkeit der Gemeinde Wien eintritt, zur Kenntnis nehmen, wüßten wir nicht, daß dieser Erklärung andere Erklärungen der ÖVP vorangegangen sind. So hat man erklärt, die Gemeinde Wien soll von ihren Mitteln Beträge für den Eigentumswohnungsbau zur Verfügung stellen und den sozialen Wohnungsbau nur auf die "bedürftigen Schichten" der Stadt beschränken. Auf der gleichen Linie liegt auch das Plakat, das gefordert habe: "Schluß mit der reaktionären Bauweise. Öffentliche Mittel nur für den Bau von Eigentumswohnungen!"

Bis heute wurden in ganz Wien seit der Beschlußfassung des Enteignungsgesetzes im Juni 1949 ganze 15 Enteignungen vorgenommen. Sieben davon betrafen Ruinen, die anderen Baulücken. 15 Enteignungen in viereinhalb Jahren ist wahrlich eine bescheidene Ziffer. Wir halten es nicht für gerechtfertigt, daß dann, wenn ein einsturzgefährdetes Haus von den Mietern geräumt werden muß, der Grundpreis sofort in die Höhe steigt und damit dem Grundbesitzer neue, zusätzliche Einnahmequellen erschlossen werden. Der Gemeinde Wien sollte das Verkaufrecht für derartige Grundflächen eingeräumt werden.

Die großen Leistungen im städtischen Straßenbau sind in erster Linie auf die neuen Baumethoden zurückzuführen, die der Leiter der Straßenbauabteilung aus Amerika mitbrachte, und auf die neu angeschafften modernen Straßenbaumaschinen, die immer wieder von der ÖVP kritisiert werden.

Mit Freude müsse zur Kenntnis genommen werden, daß durch den Wiederaufbau des städtischen Theresienbades der Wiederaufbau der zerstörten Bäder abgeschlossen ist. Nicht ganz so günstig ist die Lage bei den Strombädern; so müßte das Kuchelauer Bad wiederaufgebaut werden. Zu der Forderung der GR.Hiltl,

im Stadionbad ein zusätzliches Bassin zu bauen, ist zu sagen, daß dies in erster Linie die Stadion-Betriebs-Gesellschaft tun müßte. GR. Wiedermann erachtet es als viel nötiger, in jenen Gebieten Wiens Sommerbäder zu bauen, die augenblicklich von einem Bad sehr weit entfernt sind.

Begrüßenswert und erfreulich sind die vielen und schönen Grünflächen in unserer Stadt, doch müßte man endlich daran gehen, den Sesselverleih in den Parkanlagen zu beseitigen, damit auch die schönsten Plätze der gesamten Bevölkerung zur Verfügung stehen.

GR. Wiedermann richtet an Stadtrat Thaller die Frage, ob der Bund, der für den Ausbau der Häfen Linz und Korneuburg beträchtliche Mittel beigesteuert hat, auch für den Wiederaufbau des Wiener Hafens einen Beitrag leistet.

Der Redner erklärt, daß trotz der großen Leistung der Stadtverwaltung auf dem Bausektor noch immer viel zu tun übrig bleibt. Es müssen daher auch alle Wiener Hausbesitzer zur Einsicht kommen, daß auch sie wesentlich zur Verschönerung unserer Stadt beitragen können, denn viele Wohnhäuser sind noch zerstört oder beschädigt. Der Redner spricht abschließend die Hoffnung aus, daß es bei einigen guten Willen aller Gemeinderatsmitglieder möglich sein wird, auf dem Bausektor im bisherigen Sinne erfolgreich weiterzuwirken (Beifall bei der SPÖ).

Stadtrat Thaller stellt in seinem Schlußwort fest, daß die existierenden Angaben über die Zahl des wirklichen Wohnungsbedarfes sehr verschieden sind. Er glaube auch, daß es dabei oft zu Übertreibungen komme, so zum Beispiel bei dem für ganz Österreich angegebenen Wohnungsdefizit von 300.000 Wohnungen. Außer dem wirklichen Bedarf wird der Drang nach einer neuen Wohnung in der Bevölkerung in dem Maße immer größer, als die neuen Wohnungen schöner und besser ausgestaltet werden. Wenn man den wirklichen Wiener Wohnungsbedarf feststellen will, dürfe man nur jene Ziffer nennen, die durch das Wohnungsamt festgestellt wurde.

Zur Kritik an der Mietzinsbildung in städtischen Wohnhäusern durch Ing. Haider, erklärt Stadtrat Thaller, daß die Wohnungen zu dem Zwecke gebaut wurden, der minderbemittelten Bevölkerung schöne und gesunde Wohnungen zu geben. Das Wesen des kommunalen Wohnungsbaues der Stadt Wien besteht darin, daß diese Wohnungen nicht amortisiert werden, sondern daß ihre Baukosten in dem Augenblick der Fertigstellung sofort abgeschrieben werden.

Wenn ein Widerspruch zwischen den Baukosten der öffentlichen Hand und Privatbauten festgestellt wurde, muß gesagt werden, daß der kommunale Wohnungsbau wegen seiner Normierung, Typisierung, des zentralen Einkaufes usw. selbstverständlich billiger kommen müsse.

Zu der kritisierten Herabsetzung der Ansätze für Ersatzvornahmen, stellt Stadtrat Thaller fest, daß diese nicht mehr in dem großen Umfang wie 1950 und 1951 notwendig sind. Außerdem müsse die Gemeinde bei Ersatzvornahmen nur mehr bei jenen kriegsbeschädigten oder überalteten Häusern einspringen, bei denen die Eigentumsverhältnisse unklar sind.

Stadtrat Thaller erklärt, daß bereits bei der Ausarbeitung des Schnellbauprogramms festgestellt wurde, daß dieses nur in einer Zeit besonders großer Wohnungsnot durchgeführt werden wird. Nun wird diese Bauweise allmählich fallengelassen. Außerdem besteht ja die Möglichkeit, in Zukunft die bestehenden Schnellbauwohnungen zusammenzulegen.

Das von GR. Maller zitierte Wohnbauprogramm der Kommunisten bezeichnete Stadtrat Thaller als undurchführbar. Nach diesem Programm müßte der Bund seine gesamten Investitionen einstellen, was also auf dem Gebiete des Wohnungsbaues geschaffen würde, würde auf der anderen Seite alle wirtschaftlichen Möglichkeiten verschütten. Stadtrat Thaller stellt in diesem Zusammenhang einen Vergleich mit der Bautätigkeit in den Volksdemokratien auf und stellt an Hand von Beispielen fest, daß die dort herrschende Wohnungsnot vielfach größer ist als in Wien, die dortige Bautätigkeit jedoch in keinem Verhältnis zu der in unserer Stadt steht.

GR. Maller hat den Vorwurf gemacht, daß die SPÖ für das Wohnungseigentumsgesetz gestimmt habe. Ich hätte damals nicht dafür gestimmt, wenn ich Nationalrat gewesen wäre, erklärt Stadtrat Thaller, weil ich bei allem vorsichtig bin, was in Wohnungsfragen von der ÖVP kommt. (Beifall bei der SPÖ.) Man konnte allerdings 1948 nicht wissen, welche Hintergedanken die ÖVP damals schon gehabt hat. Wir müssen uns nun mit den Tatsachen abfinden. Der Referent weist jedoch dem kommunistischen Redner nach, daß das Gesetz damals mit allen Stimmen beschlossen wurde.

Stadtrat Thaller richtet an die ÖVP die Gewissensfrage, ob sie glaubt, daß vom Besitz einer Wohnung alles Heil abhängt. Nach den heute gültigen Mieterschutzbestimmungen ist jeder in einer Mietwohnung genau so sicher wie in einer Eigentumswohnung. (Beifall bei der SPÖ.) Vor allem ist demjenigen seine Wohnung genau so gesichert, der in einer Wohnung der Stadt Wien wohnt (Beifall bei der SPÖ)! Der Referent stellt ferner fest, daß er einer der sozialistischen Funktionäre war, die an den Verein der Freunde des Wohnungseigentums geschrieben haben. Es handelte sich um einen Mann, von dem er annahm, daß er vom Wohnungsamt keine Wohnung zugewiesen bekommen kann und von dem er wußte, daß er es sich leisten konnte, ein paar tausend Schillinge zu bezahlen.

Es ist von GR. Mühlhauser davon gesprochen worden, wieviele Arbeiter und Angestellte durch das Wohnungseigentum zu Wohnungen kommen. Wer kommt aber wirklich in diese Wohnungen hinein? Das Wohnhauswiederaufbaugesetz ist geschaffen worden, damit jene, die ihre Wohnungen im Krieg verloren haben, wieder zu einer Wohnung kommen. Bekommen aber wirklich nur solche Leute Wohnungen in den Häusern, die aus dem Wohnhauswiederaufbaufonds gebaut werden? Können sich alle diese Menschen eine Eigentumswohnung leisten? Der Redner zitiert einen Fall, in dem von einem solchen Mann 25.000 Schilling verlangt wurden. Immer wieder wird festgestellt, daß von dieser Art Wohnungseigentum die Altmieten am meisten geschädigt werden.

Durch das Wohnungseigentum mit Hilfe des Wohnungswiederaufbaufonds ist nicht eine einzige Wohnung Mehr geschaffen worden, als mit den Mitteln dieses Fonds geschaffen werden können!

Sie sagen dann, daß auch die Gemeindebauten mit dem Wohnhauswiederaufbaufonds gebaut werden, aber das ist kein Geschenk an die Gemeinde Wien, denn hier wird nur der Gemeinde etwas zurückgegeben, was sie einmal besessen hat.

Zu der Frage von GR. Mühlhauser, welchen Anteil die Gemeinde Wien am Wohnhauswiederaufbaufonds hat, teilt der Referent mit, daß fast alle Wohnungen, die die Gemeinde bisher wieder aufgebaut hat, aus Mitteln des Fonds errichtet wurden. Einen Großteil dieser Mittel hat jedoch die Gemeinde im Weg der Vorfinanzierung vorgestreckt. Stadtrat Thaller stellt mit Genugtuung fest, daß die Gemeinde heuer vollkommen wiederaufgebaut haben wird!

Was den Grundbesitz der Gemeinde anlangt, so sind die Ziffern dem Referenten bekannt. Die ÖVP braucht auch keine Angst zu haben, daß Gründe wahllos gekauft werden. Im übrigen gehören Grundkäufe in das Ressort von Stadtrat Bauer (ÖVP). Meine Ausführungen über die Schwierigkeiten der Grundfreimachung sind aber nicht ganz unbegründet, denn viele der Gemeindegründe sind "in Bestand" gegeben (verpachtet).

Nun beschäftigt sich Stadtrat Thaller im einzelnen mit kleineren Anregungen und Beschwerden der Debattenredner. Er geht in diesem Zusammenhang auch auf einen Artikel von Vizebürgermeister Weinberger ein, der in westdeutschen Zeitungen den sozialen Wohnhausbau in Wien als grundsätzlich falsch hinstellt (Hört, Hört-Rufe bei den Sozialisten). Der Referent folgert daraus, daß sich die ÖVP zum sozialen Wohnhausbau nur bekennt, weil sie es in Wien tun muß.

Über den Ausbau des Wiener Hafens sagt Stadtrat Thaller, daß die Gemeinde Wien vom Bund dafür nur einen geringen Betrag erhalten habe, während der Bund für den Linzer Hafen und für den Kremser Hafen beträchtliche Mittel zur Verfügung stellte, ohne sich darum zu kümmern, ob dort eine Hafengesellschaft besteht. In Wien aber macht das Finanzministerium die Gewährung von Bundesmitteln von der Sicherstellung der Eigentumsrechte und von der Gründung der Hafenbetriebsgesell-

schaft abhängig. Die Gemeinde ist jederzeit bereit diese Gesellschaft zu gründen. Nur über die Eigentumsverhältnisse ergeben sich noch Schwierigkeiten. Doch besteht gar nicht der gute Wille diese Gesellschaft zu gründen. Die Verhandlungen werden seit Monaten sabotiert. Der Redner sprach den Wunsch aus, daß der Stadt Wien das gegeben wird, was ihr von rechtswegen gebührt (Beifall bei der SPÖ).

Zu dem Plan einer U-Bahn erklärt der Stadtrat, es habe keinen Sinn, die bestehenden Pläne jetzt überprüfen zu lassen, solange man nicht wisse, wann mit dem Bau einer U-Bahn begonnen werden kann. Es seien seinerzeit drei Linien dieser Untergrundbahn geplant worden, nämlich eine Linie Ost-West mit 17 km, eine Linie Nordwest-Südost mit 16 km und eine Linie Nord-Süd mit 14,6 km. Nach den seinerzeitigen Berechnungen hätten die Baukosten für einen Kilometer 10,5 Millionen Reichsmark verschlungen. Nach den heutigen Baukosten könne man mit Sicherheit damit rechnen, daß ein Kilometer mindestens 100 Millionen Schilling kosten wird. Wir stehen absolut nicht ablehnend einer Untergrundbahn gegenüber, sagt Stadtrat Thaller, aber es ist der Zeitpunkt noch nicht gekommen, um diese Frage in Angriff nehmen zu können.

Dem Projekt der Autobahn werde die Gemeinde ihr besonderes Augenmerk zuwenden, da sie natürlich ein Interesse daran hat, wo die Autobahn in Wien einmündet und wie die Anschlußstrecken in Wien gebaut werden.

Zu der Kritik, daß die Straßenbauarbeiten bis in den Winter hinein geführt werden und damit verbunden gewisse Mängel eintreten, bemerkt der Stadtrat, daß die im Straßenbau beschäftigten Arbeiter und Firmen sehr froh sind, daß sie ihre Tätigkeit so weit in den Winter hinein fortsetzen können. Für die während der Haftzeit der Firmen aufgetretenen Fehler und Mängel entstehen der Gemeinde keine zusätzlichen Kosten. In übrigen habe man mit den Teersplit-Überzügen im Straßenbau außerordentlich gute Erfahrungen gemacht.

Die Ausdehnung der Wasseranschlüsse auf die Randgemeinden sei sehr schwer durchzuführen, weil die Gemeindeverwaltung auf die niederösterreichischen Anschlußgebühren Rücksicht nehmen müsse. Es werde notwendig sein, zuzuwarten, bis die Frage der Randgemeinden geklärt ist.

Zu der Kritik des GR. Mühlhauser an der Straßenbeleuchtung erklärt Stadtrat Thaller, daß Wien eine der bestbeleuchteten und auch eine der reinsten Städte Europas und vielleicht der Welt sei.

Dem Wunsche, daß Wien seine alte Geltung und seinen alten Rang wieder erreicht, können wir, betont Stadtrat Thaller, nur zustimmen. Auch wir sind absolut der Ansicht, daß wir alles daranzusetzen haben, daß Wien als Bundeshauptstadt unserer kleinen Republik wieder ihren alten Rang in jeder Hinsicht einnimmt. Wir wünschen nur, daß alle Stellen das gleiche Interesse haben wie die Stadtverwaltung. Wir wünschen, daß die Bundesländer mit Stolz auf ihre Bundeshauptstadt blicken können und daß Wien für unsere Republik das Aushängeschild ist. Wir sind uns unserer Verantwortung absolut bewußt. Ich muß jedoch an die Volkspartei, die in dieser Stadt mitverwaltet, die Anfrage richten, ob sie sich auch der Verantwortung in dem gleichen Ausmaß bewußt ist wie die sozialistischen Stadträte. Wir würden wünschen, daß die Volkspartei mit uns zusammen nur die Interessen der Stadt Wien wahrt und nicht immer wiederum so sehr auf ihr eigenes Parteiinteresse bedacht ist, wie dies in den letzten Jahren so oft der Fall war. Wir von der Sozialistischen Partei haben als Ziel aller unserer Arbeit im Auge den Nutzen und das Frommen unserer Stadt und ihrer Bewohner, unserer geliebten Wiener! (Starker anhaltender Beifall bei den Sozialisten.)

Bei der Abstimmung wird die Gruppe VI, Bauangelegenheiten, mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und des Linksblocks angenommen.

(Unterbrechung des Berichtes über die Budgetverhandlungen.)

Die Krise der Gemeindespitäler

=====

17. Dezember (RK) Aus vielen Hilferufen der Gemeinden, die Krankenanstalten zu erhalten haben, ist es bereits bekannt, daß die Heilungs- und Verpflegskosten in den öffentlichen Krankenanstalten weit höher sind als die Vergütungssätze, die sowohl von den Sozialversicherungsinstituten, wie auch von den zahlenden Patienten geleistet werden. Daraus ergibt sich für alle öffentlichen Spitäler ein Gebarungsabgang, der für die betreffenden Gebietskörperschaften längst zu einer unerträglichen Last geworden ist. Die spitalerhaltenden Gemeinden haben daher schon vor Jahren an den Bund die Forderung gerichtet, die im seinerzeitigen österreichischen Krankenanstaltengesetz vorgesehene Beitragsleistung des Bundes zum Gebarungsabgang der Krankenanstalten wiederherzustellen. Da die Verhandlungen, die über diesen Gegenstand zwischen dem Bundesministerium für Soziale Verwaltung und dem Bundesministerium für Finanzen geführt werden, noch immer zu keinem Ergebnis gelangt sind, hat heute eine Abordnung der spitalerhaltenden Gemeinden unter Führung des Generalsekretärs des Österreichischen Städtebundes, Riemer, beim Bundesminister für Soziale Verwaltung, Maisel, vorgesprochen und den Minister gebeten, die Fortsetzung dieser Verhandlungen zu betreiben und insbesondere den Entwurf eines neuen Krankenanstaltengesetzes möglichst bald fertigzustellen und dem Nationalrat zuzuleiten.

Bundesminister Maisel teilte der Abordnung mit, daß der Entwurf auf Grund der Gutachten der zur Stellungnahme berufenen Körperschaften neu bearbeitet wurde und daß er sich bemühen werde, die interministeriellen Verhandlungen über diesen Entwurf und den ganzen Fragenkomplex unmittelbar nach den Feiertagen wieder aufzunehmen. Minister Maisel anerkannte in diesem Zusammenhang die unbedingte Verpflichtung des Bundes, zur Deckung der Betriebsabgänge der öffentlichen Krankenanstalten einen entsprechenden Beitrag zu leisten und die Notwendigkeit, eine Lösung dieses die Gemeinden so schwer belastenden Problems in nächster Zukunft herbeizuführen.

Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten
=====

Der Gemeinderat tritt hierauf in die Beratung der Budgetgruppe VII, Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten, ein.

Berichterstatter Stadtrat Lakowitsch (ÖVP) erklärt einleitend, daß es sein Bestreben ist, die Verwaltung in seinem Ressort möglichst zu vereinfachen.

Für diese Verwaltungsgruppe sind Ausgaben von 185 Millionen Schilling vorgesehen, denen Einnahmen von 107 Millionen Schilling gegenüberstehen.

Die Baupolizei

Von der Baupolizei wurden 1953 1.450 Baubewilligungen für Neubauten, darunter 387 für solche nach totalem Kriegsschaden erteilt. In den Innenbezirken entfallen 72 Prozent der genehmigten Neubauten auf Ruinengründe, in den äußeren Bezirken nur etwas über 10 Prozent, da hier die Errichtung von Kleinhäusern überwiegt. Insgesamt wurde der Bau von 8.157 Wohnungen auf dem Privatektor bewilligt. Benützungsbewilligungen konnten für 4.048 Wohnungen in privaten Häusern erteilt werden. Im allgemeinen ist in den äußeren Bezirken ein nicht unbeträchtliches Nachlassen der Ansuchen um Wiederaufbauten nach Kriegsschäden festzustellen, während in den inneren Bezirken die Zahl der Ansuchen gegenüber dem Vorjahr um fast 150 Prozent gestiegen ist. Die Baupolizei mußte ferner 13.746 Bauaufträge zur Behebung von Bauschäden erteilen, das sind um 20 Prozent mehr als im Vorjahr.

Die Bevölkerung ist gerne geneigt, die Schuldan den Verzögerungen bei Behandlung von Baugebrechen der Baubehörde anzulasten, obwohl die Tätigkeit der Baupolizei und ihre Machtmittel mit der Beantragung der Ersatzvornahme erschöpft sind. Eigentlich müßte jedesmal, wenn es zu keiner Ersatzausführung kommt, prompt die Räumung des Gebäudes und die Absperrung der Straßenzüge vorgenommen werden.

Da derartige Maßnahmen sich manchmal geradezu zu einem Skandal in der Öffentlichkeit entwickelten und viele Vorwürfe eintrugen, scheuen sich die baupolizeilichen Dienststellen oft, diese letzte Folgerung zu ziehen, und nehmen lieber Verantwortung auf sich, für die sie im Katastrophenfall bitter bezahlen müßten. Man möge glauben, daß die Baupolizei sehr wohl wirkliche Gefahren von solchen zu unterscheiden weiß, bei denen erst das Zusammenspiel mehrerer Umstände zur Katastrophe führen würde.

Das unbefugte Bauen

Stadtrat Lakowitsch befaßt sich eingehend mit dem unbefugten Bauen in den Randgebieten und im Wald- und Wiesengürtel. Die einzig wirklich wirksame und für alle anderen abschreckende Maßnahme ist die zwangsweise Abtragung, da die von den Bezirksämtern verhängten Strafen von den Siedlern entweder bezahlt und in die Baukosten einkalkuliert werden oder nicht eingetrieben werden können. Der Wald- und Wiesengürtel, der mit seiner weltberühmten Fauna und Flora der Erholungsgarten der Millionenstadt Wien sein soll, muß unbedingt geschützt und erhalten werden. Es wird notwendig sein, das wilde Siedeln mit allen, auch den schärfsten Maßnahmen hintanzuhalten, um den Garten, der Millionen zur Erholung dient, nicht in Gärtchen aufzuspalten, die nur einigen Tausenden Freude geben können.

Es muß selbstverständlich auch von der Bevölkerung erwartet werden, daß sie ihren Wienerwald schont. Es wurden bis jetzt schon viele Blumen ausgerottet. In vielen Gebieten werden die jungen Pflanzen zertreten und damit ein Waldbild geschaffen, in dem der natürliche Jungwuchs fehlt, weil unter den alten Bäumen keine jungen mehr nachwachsen können. Der Kampf um die Erhaltung des Waldes in der Nähe der Großstadt ist nicht nur schwierig sondern auch unpopulär. Daher bedarf es einer weitgehenden Aufklärung der Bevölkerung, da ohne deren Mithilfe den Ausschreitungen kaum Einhalt geboten werden kann. Die lebende Generation ist hier mit großer Verantwortung belastet. Wir tragen für die Erhaltung des Wald- und Wiesengürtels nicht nur Verantwortung für die Jetztzeit, sondern für die Generationen, die nach uns kommen.

Die Magistratsabteilung 39 - städtische Prüf- und Versuchsanstalt - die im Berichtsjahr auf ihre 75jährige Tätigkeit zurückblickt, wird im kommenden Jahr endlich notwendige Inventaranschaffungen vornehmen können. Die rasch fortschreitende Entwicklung der Prüfverfahren erfordert die Anschaffung von hierzu notwendiger Apparaturen, die sich aber bei dem grossen Bauvolumen durch Ersparnisse bezahlt machen.

Mit den technischen Vorarbeiten für Grundtransaktionen der Gemeinde Wien beschäftigt sich die Magistratsabteilung 40.

Die Magistratsabteilung 41 - Stadtvermessung - beschäftigt sich mit der Durchführung der Vermessungen für alle städtischen Bauprojekte. Eine große Arbeit dieser Abteilung ist die Neuherstellung des Generalstadtplanes und anderer kartographischer Arbeiten.

Die Magistratsabteilung 43 - Friedhöfe - konnte verschiedene Instandsetzungen, Verbesserungen und Planierungsarbeiten an den Friedhöfen vornehmen. Dazu kommt die Fertigstellung der Kriegsschadenbehebung an der Kuppel und dem Innenraum der Dr. Karl Lueger-Gedächtniskirche im Wiener Zentralfriedhof. Es wurden auch ausgedehnte Friedhofserweiterungen der Friedhöfe Ottakring, Ober-St.Veit, Dornbach, Neustift, Siebenhirten und Maria-Enzersdorf vorgenommen. Eine Neueinteilung der Friedhöfe erfolgte in gebührenrechtlicher Hinsicht; so wurden die beiden Friedhöfe Aspern und Liesing in Hauptfriedhöfe umgewandelt.

Die Magistratsabteilung 45 - städtische Wäschereien - muß wegen stetig steigendem Wäscheanfall, der in einer normalen Arbeitsschicht mit den vorhandenen maschinellen Einrichtungen nicht mehr bewältigt werden kann, in der Zentralwäscherei Schwenkgasse eine zweite Arbeitsschicht einführen. Durch dieses Ansteigen erweisen sich auch größere bauliche Herstellungen in den Wäschereibetrieben als notwendig. Der Preis für die Wäschereinigung konnte trotz der Entnivellierung gleichgehalten werden.

Die wesentlichsten Aufgaben der Magistratsabteilung 46 -

technische Verkehrsangelegenheiten waren die Beratungen über ein neues Straßenpolizeigesetz und ein Straßenverwaltungsgesetz, laufende Begutachtungen über Verkehrsplanungen, Mitarbeit bei Neuplanungen, Begutachtung über Bauvorhaben von Kinos, Tankstellen, Garagen, Märkten usw., die Obsorge für Verkehrsschilder, Straßenbenennungstafeln, Verkehrslichtsignalanlagen usw. Eine Erneuerung oder Abänderung des derzeitigen Kraftfahrzeuggesetzes erweise sich durch das starke Ansteigen der Motorisierung notwendig. Auch die Vorschriften, die derzeit bei den Prüfungen zur Erlangung von Führerscheinen in Anwendung sind, müssen einer Revision unterzogen werden. Man wird hauptsächlich darauf achten müssen, daß der Prüfling das Fahrzeug unter den schwierigsten Verkehrsverhältnissen beherrschen kann und so zur Verkehrssicherheit beiträgt, aber nicht, ob er Defekte seines Fahrzeuges selbst beheben kann.

Ein größeres Aufgabengebiet hat die Magistratsabteilung 48, welche die Straßenpflege, die Müllabfuhr und -beseitigung und den Fuhrwerksbetrieb umfaßt. Der Straßenpflege obliegt u.a. die Reinigung der Fahrbahnen und Marktflächen, die Abfuhr des Straßen- und Marktkehrichts, die Staubbekämpfung durch Bespritzung der Fahrbahnen, Schneeräumung, Schneefuhr und Bestreuung der Fußgängerübergänge bei Glätte. Der Stand an Straßenarbeitern beträgt derzeit rund 1.300 Mann, denen die Reinigung einer Gesamtfahrbahnfläche von rund 19 Millionen Quadratmetern in den 26 Wiener Bezirken obliegt. Für den Winterdienst der Straßenpflege wurden 50 zusätzliche Schneeräumgeräte, zum Teil durch Umbau alter Geräte, bereitgestellt. Damit verfügt der Winterdienst der Straßenpflege derzeit über rund 160 Schneepflüge, 4 kleine Schneeräumgeräte, 21 Sandstreuwagen und einige Spezialgeräte. Neben diesen automobilen Räum- oder Ladegeräten stehen noch 150 Pferdeschneepflüge für die Randgebiete Wiens zur Verfügung. Zwei neue Kleinräumgeräte, sogenannte "Snow-Boys", werden noch vor Jahresschluß geliefert. Durch diesen beträchtlichen Gesamtstand an Schneeräumgeräten wird auch bei starken Schneefällen eine rasche Schneeräumung der Hauptstraßen und der wichtigsten Verkehrslinien am Stadtrande möglich sein.

Auf dem Gebiete der Müllbeseitigung stehen mit den Lieferungen des Jahres 1953 64 Wibro-Müllwagen und vier Bergmüllwagen zur Verfügung. Auch für 1954 ist die Nachschaffung von Wibro-Wagen und eines Bergmüllwagens vorgesehen. In den Wiener Häusern sind derzeit insgesamt 166.202 Gefäße für den Kehricht aufgestellt. Im heurigen Jahr wurden bis Ende September rund 412.654 Kubikmeter Müll abgeführt, bis Ende des Jahres wird sich diese Leistung auf rund 560.000 Kubikmeter steigern. Der abgeführte Müll wird auf drei große Planierungen abgelagert, und zwar im 10. Bezirk, Eibesbrunner Gasse und Tolbuchinstraße, und im 21. Bezirk, Bruckhaufen. Außerdem stehen in den Randbezirken 11 kleinere Ableerplätze zur Verfügung. Die beiden Planierungen im 10. Bezirk haben ihre Aufnahmefähigkeit in wenigen Jahren erschöpft. Als Ersatz wurde im 11. Bezirk ein Grundstück angekauft. Man wird jedoch in Zukunft Müllverbrennungsanlagen errichten müssen. Eine andere Art der Müllbeseitigung und Verwertung wäre noch die, daraus Dünger zu bereiten. Die Müllverbrennung, die jedoch große Anlagekosten erfordern würde, wäre die hygienischste Art der Vernichtung der städtischen Abfallstoffe. Eine moderne Müllverbrennungsanlage für Wien, die etwa die Hälfte des anfallenden Mülls verarbeiten könnte, würde z.B. einen Betrag von rund 80 Millionen Schilling erfordern. Ein auf diesem Gebiet beabsichtigtes Projekt ist die Errichtung einer solchen Anlage im 16. Bezirk in der Nähe des Wilhelminenspitals und des Spitals am Steinhof. Der Müll aus den westlichen Bezirken müßte nicht weit transportiert werden und die beiden Spitäler wären genügend große Abnehmer für die erzeugte Wärme. Außerdem müßten in den beiden Spitälern in absehbarer Zeit die überalteten Kesselanlagen erneuert werden. Die Betriebskosten der Verbrennungsanlage könnten durch den Verkauf der Wärme an die Spitäler wahrscheinlich gedeckt werden. Die zweite Art der Müllverwertung ist die Düngerbereitung, die im Ausland mit gutem Erfolg durchgeführt wird. Es ist beabsichtigt, auch in Wien eine solche Anlage zu errichten, und zwar am städtischen Ableerplatz Bruckhaufen.

Dem Fuhrwerksbetrieb obliegt in erster Linie die Beistellung der für die Straßenpflege und Müllabfuhr benötigten

Fahrzeuge und Großgeräte, die Betreuung derselben, ferner die Behandlung aller technischen Angelegenheiten des Personenkraftwagenbetriebes der Magistratsdirektion und die Betreuung aller für die genannten Zwecke erforderlichen Betriebseinrichtungen wie Werkstätten, Lager, Tankstellen usw. Wegen der Unwirtschaftlichkeit in Bezug auf Treibstoffbedarf und Reparaturfähigkeit wird eine Reihe von Fahrzeugen ehestens ausgewechselt werden müssen. Dies kann jedoch wegen der zur Verfügung stehenden Geldmittel nur schrittweise geschehen und wird sich daher auf eine Frist von 5 bis 7 Jahren erstrecken. In Zukunft sollen nur solche Lastkraftwagen angeschafft werden, die als Mehrzweckfahrzeuge eine wichtige Funktion im Winterdienst der Straßenpflege erfüllen können. Durch den Austausch der Aufbauten wird ein Teil dieser Wagen, derzeit sind es 20 Stück, im Sommer als Sprengwagen verwendet werden können. Diese Mehrzweckverwendung der Wagen und die Austauschmöglichkeit soll auch bei den Fäkalwagen und sonstigen Tankwagen Anwendung finden. Die Sicherstellung der Schlagkraft des Betriebes erfordert das Bestehen einer leistungsfähigen Hauptwerkstätte sowie kleinerer Werkstätten im Anschluß an die derzeit 5 und später 4 Großgaragen des Betriebes. Das Werkstättenpersonal wurde im Lauf der letzten Jahre stark reduziert, sodaß verschiedene Arbeiten an Industrie und Gewerbe vergeben werden müssen. Die Zentrale bekommt nun ein neues Heim Ecke Einsiedlergasse - Margaretengürtel. Die voraussichtlichen Kosten belaufen sich auf 5,5 Millionen Schilling. Mit der Fertigstellung ist Ende 1954 zu rechnen.

Das Stadtforstamt sieht Ausgaben von 4,5 Millionen Schilling vor, um 130.000 mehr als 1953. Geschlägert wurden ungefähr 19.000 Festmeter Nutzholz und 16.800 Raummeter Brennholz. Dem steht die 1953 durchgeführte Neukultur auf 103 Hektar und die 44 Hektar Fläche zur Nachbesserung der Kulturen gegenüber. 810.000 Forstpflanzen wurden benötigt.

Ausweitung des Wald- und Wiesengürtels

Im Herbst wurden auf breiter Basis Wohlfahrtsaufforstungen mit einem Betrag von mehr als 900.000 Schilling weitergeführt. 280.000 Forstpflanzen wurden auf 30 Hektar ausgesetzt.

Diese Aufforstungen stehen in engstem Zusammenhang mit dem Schutz und der Ausweitung des Wald- und Wiesengürtels. Es wird jedoch zweckmäßig sein, um die Planmäßigkeit der Arbeiten zu garantieren, die Mittel für Wohlfahrtsaufforstungen rechtzeitig flüssig zu machen.

Abschließend sprach Stadtrat Lakowitsch allen Angestellten und Arbeitern seiner Verwaltungsgruppe für die im abgelaufenen Jahr geleistete Arbeit seinen Dank aus (Beifall bei ÖVP und SPÖ).

Dipl.Ing. Haider (WdU) beschränkte seine Stellungnahme zu dem Kapitel "Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten" auf einige Anfragen. So ersuchte er den Referenten um Auskunft über das Personal der Baupolizei, brachte einen Antrag ein, in dem angeregt wird, zur besseren Kennzeichnung auf den Stadtbahnviadukten Straßentafeln anzubringen und kritisierte verschiedene Mißstände im Zentralfriedhof, wie Blumendiebstähle, Vernachlässigungen u.a. Besonders wandte er sich gegen die pietätlose Kennzeichnung von heimgesunkenen Grabstätten.

GR. Dr. Matejka (LBI) spricht zunächst von den Schwierigkeiten, die Siedlungswillige und Baulustige vorfinden. Vor allem sollten die Gebühren herabgesetzt werden, die für den unständlichen Papierkrieg eingehoben werden.

Der Redner verlangt, daß man die Hausbesorger für ihre Verpflichtung, die Gehsteige für die Allgemeinheit zu reinigen, entsprechend entlohnen sollte.

Der Redner spricht dann über die ständig wachsende Zahl der Verkehrsunfälle und verlangt eine entsprechende Planung, um Abhilfe schaffen zu können. Eine Verkehrsenquete, wie sie vom Linksblock bereits angeregt wurde, könnte vielleicht Abhilfe schaffen. Es gäbe außerdem viele Verbesserungsmöglichkeiten, die ohne viel Kosten durchgeführt werden können.

Dr. Matejka gibt auch verschiedene Anregungen, um den Wiener Wald in seinem Bestand zu erhalten und wendet sich gegen jeden Versuch, den Wald- und Wiesengürtel zu gefährden.

Die Baumpflanzungen gegen die drohende Versteppung verschiedener Gebiete am Rande der Stadt dürfen nicht auf freiwilliger Basis durchgeführt werden, weil die Versteppung eine

allgemeine Gefahr darstellt. Der Redner verlangt eine gesetzliche Regelung.

Abschließend ersucht GR. Dr. Matejka, die geplante Errichtung des Museums der Stadt Wien auf dem Karlsplatz noch nicht als endgültig zu betrachten, da einerseits genügend andere Plätze für einen solchen Bau vorhanden seien und andererseits der Karlsplatz das Musterbeispiel für eine notwendige Stadtplanung sei. In den Karlsplatz seien die Wiener wirklich verliebt, die ganze Bevölkerung wolle daher Anteil daran nehmen, was dort geschieht.

GR. Kammermayer (ÖVP) erklärt, daß die Trennung der baubehördlichen Verwaltungsgruppe von der Gruppe der Bauangelegenheiten bestimmt sinnvoll und auch die Zuteilung der Agenden an zwei Stadträte gerechtfertigt ist. Diese Unterscheidung ist aber teilweise dadurch wieder hinfällig, weil beide Gruppen von der Baudirektion betreut werden. Die Gefahr, daß die Macht der Gruppe des Bauwesens größer ist als jene der baubehördlichen Angelegenheiten, ist nicht von der Hand zu weisen. Man möge die Verwaltungsgruppe VII mehr selbständig arbeiten lassen, Macht- und Eitelkeitsbedürfnisse ausschalten und eine sachlich gerechtfertigte Neuzuweisung der Agenden erwägen. Bei dem heutigen geringen Umfang dieser Verwaltungsgruppe wird keine Marmor Tafel von den Taten des Stadtrates künden, denn er hat keine Möglichkeit zu glänzen. Er steht nur dann im Mittelpunkt des Interesses, wenn ein Althaus einstürzt, wenn bei Glatteis nicht gestreut wurde, wenn auf dem Friedhof etwas gestohlen wurde oder wenn die Wasserversorgung nicht klappt, weil es zuwenig geregnet hat. Es wird daher notwendig sein, einige Agenden der Gruppe VI an die Gruppe VII zurückzuverweisen.

Zur Baupolizei geht die Forderung der ÖVP dahin, für einen entsprechenden Nachwuchs zu sorgen. Das Überhandnehmen des wilden Siedelns hat zum Teil die Ursache darin, daß zuwenig Aufsichtsorgane vorhanden sind. Wir müssen Wald und Flur schützen. Wir müssen den Naturräubern und Naturschändern, die sich trotz Aufklärung und Strafdrohungen über alle Gesetze hinwegsetzen, endlich das Handwerk legen. Ganz besonders verwerflich ist die Unsitte, im Wald alles wegzuwerfen. Von

Papierresten über Sardinendosen bis zu zerbrochenen Flaschen zeigt sich am Montag im Wiener Wald und am Stadtrand ein Bild, das ein Zeugnis von der Unkultur unserer Bevölkerung gibt.

Wenn auf den Friedhöfen noch nicht alles so in Ordnung ist, wie es sein sollte, so müssen wir anerkennend feststellen, daß seit 1945 schier Übermenschliches geleistet wurde. Es sind vielleicht einige Wege auf dem Zentralfriedhof noch vernachlässigt, es wächst noch Unkraut und Gestrüpp, auch die Abfuhr der Abfälle läßt zu wünschen übrig, aber auch hier ist viel die Bevölkerung mitschuldig. Der Raummangel hat die Gemeinde gezwungen, die seit 1920 bestehende Friedhofs- und Gräberordnung zu ändern. Dies hat bei der Bevölkerung ziemliche Beunruhigung hervorgerufen. Es ist ein besonderes Verdienst auch der Volkspartei, daß die Härten des ersten Entwurfes gemildert wurden. Die Friedhofsverwaltung sollte die Ausschmückung der Gräber den Privatgärtnern und die Steinmetzarbeiten den privaten Steinmetzmeistern überlassen.

Der Redner kritisiert die in der letzten Zeit im Stadtbild aufscheinenden vielen Verbotstafeln, durch die viele Kraftfahrer in der Inneren Stadt beinahe irrsinnig werden. Fremde wollten aus Wien wegfahren, weil sie wegen dieser Verbotstafeln nicht in die Stadt hineinfliegen konnten. Es sollte einmal eine Art Verkehrsparlament tagen, das sich mit diesen dringenden Fragen zu beschäftigen hätte.

Ein Fußgänger kann heute eine belebte Kreuzung nur überqueren, wenn er Akrobat oder Artist ist. Unsere Parole muß lauten: Schutz dem Fußgänger! (Beifall bei der ÖVP.) Der Fußgänger ist heute der leidende Teil des Verkehrs, er hat aber keinen Kotschützer, keinen Stoßdämpfer und kein blechernes Gewand an. Wir müssen trachten, das Verkehrsproblem in wirklich vornehmer Form zu lösen.

Durch das Fehlen von Straßentafeln ist es oft schwer, sich zu orientieren. Die alte Unterscheidung zwischen ovalen und eckigen Straßentafeln ist leider in letzter Zeit in Vergessenheit geraten.

Die ovalen Tafeln zeigten dem Fußgänger oder Kraftfahrer an, daß die Straße gleich dem Ring im Stadtbild rundherumgeht, die eckige Tafel, daß die Straße an den Stadtrand hinausführt.

In den Stadtförsten sind große Mittel notwendig, um vieles aufzuholen, was versäumt wurde. Aufforstungen müssen in einem größeren Ausmaß durchgeführt werden. Als Wiener können wir stolz sein, daß wir 300 Liter Wasser pro Kopf und Tag verbrauchen können. Das verdanken wir einer weitreichenden Planung, die schon vor 60 oder 70 Jahren eingesetzt hat.

Die Fraktion der Volkspartei sagt allen Arbeitern und Angestellten dieser Verwaltungsgruppe herzlichsten Dank und wird für dieses Kapitel stimmen. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP)

GR. Fürstenhofer (SPÖ) erinnert in Zusammenhang mit den Bemerkungen des Stadtrates über das wilde Bauen am Stadtrand daran, daß die Kleingartenordnung von Jahre 1928 in vorbildlicher Weise auf die Notwendigkeiten der Stadtplanung Rücksicht nahm und besonders die Kleingarten-Bezirkskommissionen die Kleingärten periodisch überwachten. Diese Kommission war jederzeit bereit, eine wilde Bauführung zu verhindern. Im Jahre 1936 fühlte man sich unter Schmitz jedoch bemüßigt, diese demokratische Einrichtung abzuschaffen. Die Versuche, neuerlich eine demokratisch geführte Kleingartenkommission auf die Beine zu bringen, sind in der Zweiten Republik leider bisher gescheitert.

Im Zusammenhang mit der Ausstellung "Der Wienerwald in Gefahr" setzte leider auch eine wilde Bodenspekulation ein. Gerade wir Sozialisten, die wir die arbeitenden Menschen dazu bringen wollen, daß sie ihre Freizeitgestaltung sehr eng mit der Betätigung in freier Natur durchführen, wollen uns wirklich bemühen, daß das wilde Siedeln in jeder Form hintangehalten wird. Das können wir nur, wenn auch die andere Seite von ihren Profitinteressen absteht und im Interesse der Allgemeinheit von den wilden Verkäufen absieht. Wir laden die ÖVP ein, mitzuhelfen, daß wir durch ein ordentliches Baulandbeschaffungsgesetz auch dem wilden Siedeln endlich Einhalt gebieten können.

GR. Fürstenhofer ersucht, so viel wie möglich Baurechtsgrund zur Verfügung zu stellen, damit dort für die arbeitenden Menschen die entsprechenden Wohnungen geschaffen werden können. Besonders zu danken sei auf diesem Gebiete dem Finanzreferenten, der durch die Bereitstellung von 50 Millionen Schilling sehr wesentlich zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues beigetragen hat. (Beifall bei der SPÖ.)

Einer Zusammenlegung der Friedhofsverwaltung mit der Städtischen Bestattung könne er nur zustimmen; die aufgezeigten Schwierigkeiten werden sicher gelöst werden können. Die Modernisierungen in den Wäschereien, die ja auch den dort Beschäftigten zugute kommen, begrüßte er sehr.

Zur Lösung der Verkehrsprobleme schlage er die Einberufung einer Enquete vor. Ein Parkverbot zum Beispiel in der Mariahilfer Straße, könnte dort eine gewisse Verkehrserleichterung bedeuten.

Als einen Zustand, der gleichfalls einer Lösung bedürfe, bezeichnet GR. Fürstenhofer die Kehrichtablagerungen an der Tolbuchinstraße. Bei Westwind sind besonders die Gebiete der Per Albin Hansson-Siedlung stark in Mitleidenschaft gezogen. Auch die Fliegenplage ist durch diese Ablagerungsstätten sehr groß.

Aus dem Müll Dünger zu erzeugen, erachtet GR. Fürstenhofer als vielleicht nicht ganz richtig, da die Gärtner diesen Dünger vielfach ablehnen. Es müsse noch genau überlegt werden, was auf diesem Gebiete getan werden kann.

Als bedauerlich und vor allem für unsere Quellschutzgebiete als gefährlich, bezeichnet der Redner die starken Schlägerungen. Die Gemeindeverwaltung müsse sich mit der ordentlichen Bewirtschaftung der Wälder intensiv beschäftigen, sonst stehen wir eines Tages vor der Tatsache, daß wir wohl hunderte Kubikmeter Holz verkaufen konnten, daß aber durch die Schlägerungen die Versorgung unserer Hochquellenwasserleitung in Gefahr gebracht wurde.. Auch der schöne Waldbesitz in der Lobau muß erhalten bleiben.

StR. Lakowitsch nimmt zu den Ausführungen des GR. Haider Stellung und erklärt, daß die Rückstände der Baupolizei bereits aufgearbeitet wurden, an welchen jedoch nicht der Personalmangel schuld war. Die Zweckmäßigkeit der Kennzeichnung der Stadtbahnbogen sei fraglich, außerdem würde sie in keinem Verhältnis zum erforderlichen Aufwand stehen. Daß sich der Zentralfriedhof in einem verwahrlosten Zustand befindet, sei unrichtig. Es erstreckte sich jedoch der Laubabfall heuer auf eine so lange Zeit, daß dadurch die Gehwege gleich nach der Reinigung wieder voll Laub waren und man vielleicht deshalb **eine** geringe Verschmutzung feststellen konnte. Zur Kennzeichnung der heimgefallenen Gräber mit Zetteln, gebe er zu, daß dies nicht schön aussieht, er sehe jedoch keinen andern Weg, um die Angehörigen davon zu verständigen.

Wenn GR. Dr. Matejka feststellte, daß jeder Siedler einen Papierkrieg mit den Baubehörden führen muß, bevor er sich sein Siedlungshaus bauen kann und daß dies außerdem erhebliche Kosten verursacht, ist dazu zu sagen, daß diese Kosten im Verhältnis zur Errichtung eines Hauses bestimmt nicht so hoch sind. Stadtrat Lakowitsch erklärt aber, er werde versuchen, daß diese Kosten auf ein für die Gemeindeverwaltung erträgliches Maß reduziert werden.

Die Frage der Gehsteigreinigung ist ein Problem, das augenblicklich noch nicht zu lösen ist. Für die Gemeindeverwaltung würde eine Übernahme dieser Arbeit ungeheure Kosten verursachen.

Das Ansteigen der Unfälle in der Mariahilfer Straße ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß die bessere Fahrbahn den Anreiz zu erhöhten Geschwindigkeiten gibt.

Die Frage der Parkplätze ist bestimmt ein wichtiges Problem. Es wird dazu kommen müssen, daß die Kraftfahrer, wenn sie irgendwelche Vergnügungstätten aufsuchen, eben nicht vor den Lokalen parken können, sondern auf etwas abseits gelegeneren Parkplätzen. Es ist dies nicht nur ein Problem Wiens, sondern eines aller Großstädte. Stadtrat Lakowitsch erklärt, er könne sich zum Beispiel gut vorstellen, daß als Parkplatz für die Oper der Josefsplatz oder auch der Burghof in Frage käme.

17. Dez. 1953

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 2282

Der Platz, auf dem der Philippshof stand und der jetzt eine Rasenfläche ist, eignet sich nicht dazu, da das eingestürzte Gebäude nur geebnet und mit Erde überdeckt wurde, also keine Tragfähigkeit hat. In unserer Stadt muß zuerst der Wohnungsbedarf gedeckt werden und dann kann man an eine Abtragung von Häusern zur Schaffung von Verkehrsflächen denken. In der Einberufung einer Verkehrsenquete sehe er keine Lösung. Es sollen sich vielmehr alle bereits bestehenden Institutionen, wie Kraftfahrbeiräte usw. miteinander besprechen.

Für die Müllabfuhr im 25. Bezirk und in Ebling wurden noch keine modernen Geräte angeschafft, da es noch fraglich ist, ob diese Gebiete überhaupt bei Wien bleiben und man nicht Fehlinvestitionen vornehmen will.

Abschließend beschäftigt sich der Referent mit einigen von GR. Kammermayer vorgebrachten Anregungen. Zu seinem Antrag über die Einführung einer zweiten Schicht in den Wäschereien äußert er Bedenken über die zu hohen Abnützungen der Maschinen. Die von GR. Fürstenhofer vorgebrachte Anregung bezüglich der Zusammenlegung von Friedhofsverwaltung und Bestattung bezeichnet er aus technischen aber auch finanziellen Erwägungen nicht vorteilhaft. Er verspricht eine intensivere Bekämpfung der Fliegen- und Rattenplage in der Umgebung der Planierungsstelle Tolbuchinstraße. Nach Erläuterungen einiger Fragen über die Wirtschaftlichkeit der städtischen Forste bittet Stadtrat Lakowitsch um weitere Unterstützung seiner Arbeit seitens des Gemeinderates und um Annahme seines Budgets. Die Ansätze wurden gegen die Stimmen des Linksblocks angenommen.

Das Wohnungswesen

=====

Stadtrat Koci (SPÖ) referierte über die Ansätze der Verwaltungsgruppe VIII, Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen. Er betonte eingangs, daß die Tätigkeit der Magistratsabteilung 50, des sogenannten Wohnungsamtes, unter erschwerenden Umständen erfolgt, da die Zahl der wohnungsbedürftigen Wiener ungleich größer ist als der zur Verfügung stehende Wohnraum. Aufgabe des Wohnungsamtes kann es daher nur sein, die Not zu lindern. Obwohl die Gemeinde Wien die Wohnbautätigkeit intensiv fortsetzt und seit 1945 bis Ende November dieses Jahres schon 21.872 Wohnungen an die neuen Mieter übergeben hat, aber auch der Wiederaufbau der zerstörten Häuser fortschreitet, und sich Unternehmungen, Gewerkschaften und öffentliche Institutionen bemühen, Wohnraum zu schaffen, sind heute die Zerstörungen des Krieges noch nicht aufgeholt. Es ist auch bisher noch nicht gelungen, alle seinerzeit ausgebombten Familien wieder in eigene Wohnungen unterzubringen. Viele müssen noch warten, da vorerst noch dringlichere Fälle gelöst werden mußten. Die Notstandsfälle werfen jedes Konzept über den Haufen. Am 1. Jänner dieses Jahres wurden 11.595 solcher Fälle gezählt, am 30. November waren es 12.200, obwohl in dieser Zeit 6.608 Familien dieser Gruppe schon ein Heim gefunden hatten. 506 Familien mußten aus einsturzgefährdeten Wohnungen herausgenommen werden. Die gleiche Zahl an Fällen ist noch in Behandlung.

1.484 Wohnungswerber mit ihren Angehörigen, die bereits delogiert waren, fanden in Privathäusern und Gemeindehäusern ein Obdach. Die Gemeinde trachtet aber, auch die kriegsbedingten Herbergen zu räumen. Drei von ihnen wurden schon in diesem Jahr freigemacht; es sind dies die in der Pfeilgasse, in der Alserbachstraße und in der Sieveringer Straße.

Täglich gibt es neue Delogierungsfälle. Viele mögen darunter sein, die in der Öffentlichkeit als Gefälligkeitsdelogierungen bezeichnet werden, die aber doch einen bestimmten Notstand aufweisen. 3.918 solcher Wohnwerber im Alter bis 30 Jahre konnten mit ihren Angehörigen untergebracht werden. Das ist ein Beweis dafür, daß gerade die jüngere Generation

großen Anteil bei der Zuweisung hat.

Der Mangel an Wohnungen ist nicht allein die große Schwierigkeit. Es sind die hunderttausende Kleinwohnungen, die seinerzeit ohne jeden Komfort gebaut wurden. Aus ihnen drängen die Wiener heraus, um eine Neubauwohnung zu bekommen. Wie aus einer statistischen Publikation zu entnehmen ist, haben 15.060 Häuser in Wien ein Alter von mehr als 70 Jahren; dazu kommen 32.569 Häuser, die zwischen 1880 und 1918 erbaut wurden, zusammen mehr als die Hälfte des Wiener Hausbestandes.

Von 667.227 benützbaaren Wohnungen hatten nur 296.324 den Wasserleitungsanschluß innen, 545.795 besaßen einen Anschluß an die Gasleitung und nur 271.303 ein Vorzimmer. Das Klosett befand sich nur bei 266.256 Wohnungen innen. Dazu kommt, daß 70 Prozent aller Wohnungen Kleinwohnungen sind. Ein wesentlicher Teil von ihnen sind ausgesprochen schlecht.

Nach einer im Jahre 1940 durchgeführten Erhebung wurden 52.121 Wohnungen festgestellt, die als dunkel, feucht und gesundheitsschädlich bezeichnet werden müssen. Ihre Zahl hat sich wohl noch erhöht.

Heuer war es möglich 15.593 Familien zu helfen, das sind um 2.607 mehr als im Vorjahr. Von diesen vergebenen Wohnungen waren 7.168 in gemeindeeigenen und 8.025 in Privathäusern. 40.487 Personen, darunter 11.535 Jugendliche wurden eingewiesen.

Die heuer im August wirksam gewordene Novellierung des Wohnungsanforderungsgesetzes hat Veränderungen in der Zuweisung gebracht. Für freigewordene Wohnungen müssen die Hauseigentümer keine Vorschläge mehr erstatten. Sie können innerhalb von 3 Wochen mit jemandem, der seit mindestens sechs Monaten in Klasse I vorgemerkt ist, einen Mietvertrag abschließen. Außerdem werden nun die Benutzer von gesundheitsschädlichen Wohnungen und jene Bewerber, die in einer durch mehr als ein Jahr überbelegten Wohnung leben, in Klasse I eingereiht. Stadtrat Koci teilt auch mit, daß der Bürgermeister die Verordnung dahingehend ergänzt hat, daß auch Haushaltgenossen oder Untermieter in einer überbelegten Wohnung in Klasse I eingereiht werden können.

Obwohl durch die Novellierung viele Ansuchen in Klasse I

eingereicht wurden, ist die Zahl der in Klasse I Befindlichen geringer als zu Beginn 1953. Am 1. Jänner gab es 31.280 solcher Fälle, am 30. November 26.874. In Klasse II waren am 1. Jänner 23.714 Fälle vorgemerkt, gegenwärtig sind es 24.789. In der nächsten Zeit ist durch die Verordnung des Bürgermeisters eine Verschiebung von Klasse II in Klasse I zu erwarten.

Die Betreuung der städtischen Wohn- und Amtsgebäude sowie des Siedlungs- und Kleingartenwesens gehört zu den Aufgaben der Magistratsabteilung 52. 1.460 Objekte mit 95.624 Wohnungen werden von ihr verwaltet. Heuer sind 5.481 Wohnungen neu dazu gekommen, davon 4.404 durch Neubauten, der Rest durch Einbauten und Wiederaufbauten. Zur Betreuung all dieser Wohnungen sind 2.292 Hauswarte bestellt. Für die Erhaltung und Instandsetzung ^{der} gemeindeeigenen Häuser standen heuer 74,2 Millionen Schilling zur Verfügung.

Die Amtshäuserverwaltung betreut 148 Baulichkeiten.

Für Kleingärten sind 6,4 Millionen Quadratmeter an 23.300 Kleingärtner zu einem Pachtzins von 10 Groschen pro Quadratmeter im Jahr verpachtet.

Für Erntelandzwecke werden derzeit noch immer mehr als 1,7 Millionen Quadratmeter von 8.519 Benützern beansprucht.

23.310 Ansuchen um ein Hausratsdarlehen mit einer Summe von ungefähr 150 Millionen Schilling sind in Behandlung. 50 Prozent der bis Ende November eingereichten Ansuchen wurden bereits positiv erledigt. Nachdem der Gemeinderat noch 20 Millionen Schilling zur Vorfinanzierung für heuer zur Verfügung gestellt hat und für nächstes Jahr 40 Millionen veranschlagte, werden alle eingereichten Ansuchen bald erledigt werden.

Die beschlagnahmten Wohnungen

Die Besatzungsmächte haben heuer bis 30. November 74 Wohnungen und 170 Objekte verschiedener Art freigegeben; das amerikanische Element 4 Wohnungen und 8 verschiedene Objekte, das britische 13 und 9, das französische 26 und 5, und das sowjetische Element 31 Wohnungen, 110 Untermieten und 38 verschiedene Objekte. Die Unterlagen über Beschlagnahmen und Freigaben werden zusammen mit den Verrechnungsstellen der Besatzungsmächte überprüft.

Da die Sowjets aber über keine gesonderte Verrechnungsstelle verfügen, ist es leider nicht möglich eine genaue Evidenz über die Beschlagnahmungen zu führen. Am 30. November waren in den Bezirken I bis XXVI von den Besatzungsmächten beschlagnahmt:

Von den Amerikanern 427 Wohnungen und 156 Objekte, von den Engländern 11 und 26, von den Franzosen 247 und 69 und von den Sowjets 1.386 Wohnungen und 386 verschiedene Objekte. Insgesamt werden in Wien 2.071 Wohnungen und 637 Objekte von den Besatzungsmächten in Anspruch genommen. Außerdem sind in der sowjetischen Zone Wiens noch immer 1.062 verschiedene Objekte, darunter 886 Wohnungen, der Verfügungsgewalt der österreichischen Behörden dadurch entzogen, daß wohl die militärische Beschlagnahme durch die Sowjetische Besatzungsmacht aufgehoben wurde, jedoch über deren Bedarf sowohl Zivilpersonen wie auch ganze Organisationen unter völliger Ignorierung der österreichischen gesetzlichen Bestimmungen dorthin eingewiesen wurden. Stadtrat Koci teilte ferner mit, daß man aus eben aus russischen Bezirken eingelangten Meldungen mit Bangen erkennen könne, daß das sowjetische Element neuerlich nach Wohnungen Ausschau hält.

(GR. Marek (SPÖ): Das ist unerhört, das ist das Weihnachtsgeschenk an die Wiener! - Vizebürgermeister Weinberger (ÖVP): Das sind die wirklichen Friedenstauben!)

Abschließend sagte der Referent, daß die Novellierung des Wohnungsanforderungsgesetzes Einsparungen an Personal ermöglicht. Er könne jedoch feststellen, daß alle Beamten seiner Verwaltungsgruppe ihr Bestes dareinsetzen, der Gemeinde Wien und der Allgemeinheit zu dienen. Stadtrat Koci sagte zum Abschluß: Ich kenne die Schwierigkeiten ihres Dienstes, auf welchem Platz sie immer auch sitzen mögen und danke ihnen für die pflichtgetreue Erfüllung ihrer Arbeit. Ich verspreche aber auch allen Wienern, daß wir nach wie vor bestrebt sein werden, den an uns gestellten Aufgaben nach bestem Können gerecht zu werden und den Bedürftigsten zu helfen.

. - .

Hierauf begann die Debatte über die Ansätze der Geschäftsgruppe für das Wohnungswesen. Den Bericht darüber bringen wir in der morgigen Ausgabe.

Pferdemarkt vom 15. Dezember
=====

17. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 280 Pferde, davon 41 Fohlen. Als Schlächterpferde wurden 266, als Nutztiere 3, verkauft, unverkauft blieben 11. Der Marktverkehr war lebhaft.

Herkunft der Tiere: Wien 7, Niederösterreich 153, Burgenland 21, Oberösterreich 68, Steiermark 21, Salzburg 4, Tirol 6.

Schweinenachmarkt vom 17. Dezember
=====

17. Dezember (RK) Unverkauft vom Hauptmarkt: 29. Neuzufuhren: 130. Gesamtauftrieb: 159. Verkauft wurde alles. Kontumazanlage: 49. Ruhiger Marktverkehr, Hauptmarktpreise.

Rindernachmarkt vom 17. Dezember
=====

17. Dezember (RK) Unverkauft vom Hauptmarkt: 14 Ochsen, 6 Stiere, 26 Kühe, 2 Kalbinnen, Summe 48. Neuzufuhren: 10 Ochsen, 5 Stiere, 37 Kühe, 1 Kalbin, Summe 53. Gesamtauftrieb: 24 Ochsen, 11 Stiere, 63 Kühe, 3 Kalbinnen, Summe 101. Verkauft wurden: 9 Ochsen, 7 Stiere, 31 Kühe, 2 Kalbinnen, Summe 49. Unverkauft: 15 Ochsen, 4 Stiere, 32 Kühe, 1 Kalbin, Summe 52. Ruhiger Marktverkehr, Hauptmarktpreise.

Weidner Markt vom 17. Dezember
=====

17. Dezember (RK) 2 Kälber zu 16 S, 10 Schweine zu 17 bis 17,30 S.